

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

46. Jahrg.

Erscheint Dienstag, Donnerstag, Sonnabend.
Jährlich 150 Nummern.
Abonnementspreis 65 Pfennig vierteljährlich
auschl. Postbestellgebühr.

Leipzig, den 29. Februar 1908.

Einzelgen im „Korr.“ kosten: die viergespaltene
Nonpareillezeile 25 Pfennig;
Versammlungsanzeigen sowie Arbeitsmarkt
aber nur 10 Pfennig die Zeile.

Nr. 25.

Mlois Rosenlehner †.

Fern von seiner bayerischen Heimat ist am 25. Februar in Bremen unser Freund und Kollege Mlois Rosenlehner jenen geheimnisvollen Weg gegangen, den wir alle einmal, der eine früher, der andre später, zu gehen gezwungen sind. Ein braver Kollege, ein tüchtiger Verbandsfunktionär, ein durch und durch ehelicher Mensch, ein offener Charakter — Eigenschaften, die er mit einem andern, 1902 verstorbenen „Mlois“ in München gemeinsam hatte — ist mit Rosenlehner aus unsern Reihen gerissen worden. Der Tod ist ihm als Erlöser gekommen, denn ein ganzes Jahr lang hat er körperlich unsäglich gelitten, ehe er nun im 52. Jahre seines arbeitsreichen Lebens von dem Manne mit der Spitze und dem Stundenglas aus dieser Welt geholt wurde. In Zwieslersbruck bei Deggen Dorf in Niederbayern geboren, kam Rosenlehner vor 25 Jahren nach Bremen, und dort hat er während dieser langen Zeit unverdrossen und aufopfernd für den Verband gewirkt. In dem geschichtlichen Jahre 1891 übernahm er den Posten des Gauvorstehers für den Gau Nordwest, den er mit kurzen Unterbrechungen bis zum Jahre 1907 innehatte und in langen Jahren treu verwaltete. Auf den Generalversammlungen des Verbandes war Rosenlehner ein beliebter Delegierter, der in keiner Situation aus seinem Herzen eine Würdergrube machte. „Sein dickköpfiger Bayernschädel machte manchem zu schaffen“, schreibt man uns aus Bremen; aber trotz aller Widersacher, die jeder im Vordergrund stehende Kollege hat, mußten seine Gegner anerkennen, daß Rosenlehner weder etwas tat noch empfahl, von dem er nicht im Innersten seines Herzens überzeugt war. Das gab ihm auch die Kraft, nie zu verzagen und mutlos zu werden, wenn die Verhältnisse im Verbands trübe gelagert waren, wie z. B. 1892 und 1896. Der Gau Nordwest verdankt dem zu früh Verstorbenen sehr viel, denn wo ein guter Mensch seine Saat ausstreut, wächst immer Gutes. Auch in der sozialdemokratischen Partei stellte Rosenlehner seinen Mann, aber er stellte nie den Genossen über den Kollegen. Seit dem Jahre 1902 war er Mitglied der Bremer Bürgerschaft (Stadtverordneter), welchen Posten er ebenso gewissenhaft verwaltete wie sein Gauvorsteheramt. Würde jeder Buchdrucker so in der f.-d. Partei wirken, wie unser Rosenlehner es getan hat, niemals würden wir die Konflikte zu vermeiden haben, wie es leider der Fall ist. Seine letzte Rede als Delegierter zur Verbandsgeneralversammlung in Dresden (siehe Seite 113 bis 115 des Protokolls) bildet ein herrliches Zeugnis für die Objektivität und den geraden Sinn des Heimgegangenen, der eine trauernde Witwe und drei Töchter hinterläßt, und der bei seinen Freunden, im Gau Nordwest wie im Verbands für alle Zeiten ein ehrenvolles Gedenken sich gesichert hat. Dem treuen Kämpfer des Verbandes sei die Erde leicht!



Gewerkschaftliche Neutralität.

XV.

Das Wirtschaftsleben hatte sich natürlich in den zwölf Jahren des Sozialistengesetzes mächtig entwickelt; zahllose örtliche Konflikte zwischen Unternehmern und Arbeitern hatten den letztern gelehrt, auf die Schaffung großer nationaler Organisationen bedacht zu sein, welche wirksamer als bisher den Übergriffen und Provolationen der Unternehmer zu begegnen hätten. Eine 1890 in Berlin abgehaltene Konferenz von Vertretern verschiedener Gewerkschaftsorganisationen, welche die Parole ausgab, in den einzelnen Berufen möglichst starke Organisationen zu schaffen und dabei unbedingt alles fern zu halten, was mit der gewerkvereiniglichen Tätigkeit nicht im Einklange stehe, beschloß zu diesem Zweck, Einrichtungen zu schaffen, die als notwendig erkannt wurden, des Sozialistengesetzes wegen aber früher nicht in Angriff genommen werden konnten. In rascher Folge wurde von 1890 bis 1892 das „Korrespondenzblatt“ gegründet, die Generalkommission der deutschen Gewerkschaften — eine Zentralstation, in der alle gewerkschaftlichen Fäden münden sollten — errichtet und im März 1892 in Halberstadt der erste Gewerkschaftskongress abgehalten. Diese bewußt unternommenen Schritte sind für die deutschen Gewerkschaften von großem praktischen Nutzen gewesen.

Man sollte nun denken, daß die f.-d. Partei, die doch ständig prebigt, daß die Gewerkschaften neutrale Gebilde seien, die sich mit Parteipolitik nicht zu beschäftigen haben und auf die ein parteipolitische Einfluß nicht versucht würde, der Konsolidierung der gewerkschaftlichen Verhältnisse und den neugeschaffenen Institutionen das nötige Verständnis gezeigt hätte. Keineswegs. In weiten Kreisen der f.-d. Partei blickte man mit Mißtrauen auf die Generalkommission, ja sogar mit ausgesprochener Feindseligkeit. Man mitterte in der Generalkommission eine Art „Nebenregierung“ in der Arbeiterbewegung und brachte dies auch offen zum Ausdruck. Rein Geringerer als Luer bezichtigte den Vorstehenden der Generalkommission, Legien, der Separationsbestrebungen und höhnte, „die Väter der Generalkommission, daß der Einfluß dieser Körperschaft ein so bescheidener geblieben ist und die hochfliegenden Pläne sich so gar nicht verwirklichen wollen. Aber die deutsche Arbeiterbewegung ist nur einmal kein Feld, auf dem der Weizen der Gompers und Konsorten blüht. Auch am „Korrespondenzblatte“ scheint das Fell arg zu jucken, und wenn es denn sein muß, dann wird es auch gelegentlich gestrichen werden.“ Man hatte dabei wenig überlegt, daß man im Glashaufe nicht mit Steinen werfen dürfe. Denn die „hochfliegenden Pläne“ der f.-d. Partei waren entschieden weiter von ihrer Verwirklichung entfernt als die der Generalkommission. Daß Luer der Generalkommission gegenüber von „den Gompers und Konsorten“ sprach, für die in Deutschland der Weizen nicht blühe, beweist gleichzeitig, wie wenig man sich in f.-d. Kreisen mit der amerikanischen Gewerkschaftsbewegung beschäftigt hatte. Samuel Gompers ist der verdiente Präsident der „American Federation of Labor“, die heute mehr als zwei Millionen Mitglieder zählt. Ob man mit seiner Taktik

einverstanden ist oder nicht, tut nichts zur Sache, er ist aber seit Jahrzehnten die Triebkraft im amerikanischen Gewerkschaftsleben. In der f.-d. Partei ist man überhaupt gleich mit einer persönlichen Beschimpfung bei der Hand, wenn man mit irgendwem in der Arbeiterbewegung nicht einverstanden ist. Zum Beweise dessen verweise ich auf Seite 401 des Protokolls vom f.-d. Parteitag in Dresden. Mit der Gründung der Generalkommission war man ebenfalls nicht einverstanden, weil man ihre „Konkurrenz“ befürchtete, insolge dessen wurden die Gewerkschaftsführer als „Gompers und Konsorten“ beschimpft. Das war im allgemeinen das Verständnis, welches nach einer Zeit der schwersten Not für die Gewerkschaften diesen für ihre „Politik der Sammlung“ entgegengebracht wurde. Von dem Halberstädter Kongresse war allgemein in der f.-d. Presse als von einem „Froschmäuskekrige“ die Rede, weil die lokalorganisierten Gewerkschaften mit ihrem partcipolitisch radikalen Standpunkt unterlegen waren. Der spätere Redakteur der „Leipziger Volkszeitung“ und Gründer der „Buchdruckergerwerkschaft“ (1897), Pollender, wies damals darauf hin, „daß innerhalb der Gewerkschaften sich andre Strömungen und Bestrebungen geltend zu machen versuchen. Das ist aber eines der gefährlichsten Beginnen; wir müssen darauf dringen, daß nichts anderes als rein gewerkschaftliche Aufgaben ventiliert und zu lösen versucht werden. Neuerdings ist durch eine hochpolitische Persönlichkeit der Nachweis versucht worden, daß die Form der Generalkommission einen sehr zweifelhaften Wert habe, hauptsächlich sei, andre als gewerkschaftliche Sachen zu verfolgen.“ Deshalb war auch in der f.-d. Parteipresse von angeblich „dunklen Plänen der Generalkommission“ als von Verschwörerabsichten gegen die f.-d. Partei die Rede. Unterstützung fand diese Unmhosität gegen die Generalkommission bei den Lokalorganisationen des Regierungsbaumeisters Kessler, dessen Anhänger trotz der Beschlüsse des Halberstädter Kongresses „nach wie vor an ihrer sich gut bewährten, auf dem Boden der Vertrauensmännerzentralisation stehenden Organisation festzuhalten“ erklärten. Die „Einigkeit“, das Organ der lokalorganisierten Gewerkschaften, leistete in der Berunglimpfung der Zentralvorstände und der Anhänger der Zentralorganisationen das Menschenmögliche, und sie glaubte sich darin auf die f.-d. Partei berufen zu können, die niemals gegen diesen Mißbrauch ihres Namens protestiert hat. Bis zu welchem Maße die lokalegoistischen Genossen sich hinweisen ließen, mag als Probe folgende Tatsache beweisen. Im Oktober 1903 wurde in Breslau der Maurer Machete zu einjährig Jahren Gefängnis verurteilt, weil er zwei Kollegen zum Eintritt in den Zentralverband aufgefordert und sie dabei auf die Fehen getreten haben soll. Diese Bestrafung wurde seitens der „Einigkeit“ gebilligt und bemerkt, wenn man sich der Zentralverbänder absolut nicht erwehren könne, müsse man sich an den Staatsanwalt wenden! Rein f.-d. Blatt gebelte diese Geldentat, nicht einmal die „Leipziger Volkszeitung“, die immer an falscher Stelle „Kronzeugen für den Staatsanwalt“ sucht. In den jüngsten Tagen erst ist im all-

gemeinen die Fusion zwischen Zentral- und Lokalorganisationen zustande gekommen — ein Beweis, daß Gewerkschaften, die sich ostentativ als sozialdemokratisch oder sonstwie parteipolitisch bezeichnen, im Wirtschaftsleben weder existenzfähig noch existenzberechtigt sind.

Diese unerquicklichen Verhältnisse, die auf die Unzulänglichkeit in der s.-d. Partei zurückzuführen waren, mußten auch äußerlich zu einem Zusammenstoße führen, der denn auch auf dem s.-d. Parteitage 1893 in Köln erfolgte. Begien war die unter solchen Umständen undankbare Aufgabe zugefallen, den Standpunkt der Generalkommission vertreten zu müssen. Der Fehler eines derartigen gewerkschaftlichen Referates, erstattet von einem Gewerkschaftsführer, auf der Tagung einer politischen Partei wird immer darin liegen, daß es dort nicht hingehört. Man begibt sich damit ohne weiteres seiner Selbstständigkeit und macht eine in sich abgeschlossene Bewegung von dem Wohlwollen der betreffenden Partei abhängig. Ganz gleichgültig, wie nahe oder wie fern die Gewerkschaften zu dieser oder jener Partei stehen mögen. In Anbetracht der Schwierigkeit der Sachlage und der Schwäche der Gewerkschaften hatte zwar Begien einen schweren Stand, aber er durfte ihn nicht zu ganz unmöglichem Entgegenkommen verleiten. Seine Rede war im allgemeinen eine Entschuldigung, wo keine nötig war, und ein Bitten um Unterstützung, welche jede Partei nur um ihrer selbst willen den Gewerkschaften leihen wird. Resigniert erklärte Begien, daß er sich „der stillen Hoffnung hingebe“, eine Zeit kommen zu sehen, „wo nicht nur die auserlesenen Führer der Partei, sondern auch die weniger qualifizierten Genossen ihre Meinung äußern dürfen.“ Gewiß dürfen sie das, sie müssen dabei nur kräftig in das partei-obrigkeitliche Horn tuten. Pfarrer Grandinger darf ja auch reden, was er will — wenn es der Erzbischof Albert erlaubt. Der Korreferent Muer hatte demgemäß Begien gegenüber einen leichten Stand, weil neben seiner diplomatischen Geschicklichkeit Muer auch die größere Konsequenz für sich hatte. Seine Rede war eine einzige Verhöhnung der Generalkommission, wie jeder selbständigen Gewerkschaftsbewegung überhaupt. Eine solche war ihm immer ein Dorn im Auge. Unstre Bemühungen seinerzeit, im Kampfe mit der „Leipziger Volkszeitung“ einen auch für die s.-d. Partei annehmbaren Frieden herbeizuführen, würgte Muer mit der brutalen Provokation: „Die ganze Richtung im Buchdruckerverbande paßt mir nicht!“ Und was es bei Muer heißen wollte, wenn ihm etwas nicht „paßte“, das ist zur Genüge bekannt. Er hat aber erfahren müssen, daß andern Leuten auch manches von ihm „nicht paßte“. Unter „stürmischer Heiterkeit“ des Parteitages höhnte Muer: „Singer soll ja in neuester Zeit ein menschliches Können empfunden haben und Mitglied der „Freien Vereinigung“ junger Kaufleute geworden sein.“ Das war im allgemeinen die Wertung der Gewerkschaftsarbeit auf dem Kölner Parteitage, nachdem man vorher beklagt hatte, daß die große Kulturbewegung der Gewerkschaften durch das Sozialistengesetz vernichtet worden sei!

Einige Reden aus jener historischen Debatte sind heute noch interessant zu lesen und auch notwendig zu wissen. So sagte damals Bebel:

In Deutschland ist durch die sozialpolitische, zumal die Versicherungsgesetzgebung, dieser Zweig der gewerkschaftlichen Tätigkeit entzogen und ihr damit ein Lebensnerv durchschnitten worden, der gerade in England und bei den deutschen Buchdruckern zur Blüte beigetragen hat. . . Mit jeder Erweiterung der staatlichen Befugnisse wird das Feld der gewerkschaftlichen Betätigung noch mehr eingeengt. . . Wir mögen gewerkschaftlich organisiert sein, wie wir wollen, wenn das Kapital einmal allgemein eine solche Macht erobert hat wie bei Krupp und Stumm, in der Dortmunder Union, in den Kohlen- und Eisenindustriebezirken Rheinlands und Westfalens, dann ist es mit der gewerkschaftlichen Bewegung aus, dann hilft nur noch der politische Kampf. Aus ganz natürlichen und selbstverständlichen Ursachen wird den Gewerkschaften ein Lebensfaden nach dem andern abgeschnitten.

Genau das Gegenteil von dem ist eingetroffen, was Bebel prophezeit hat! So-

wohl die Ausdehnung der staatlichen Versicherungseinrichtungen wie die Ausdehnung der Industrie hat den Gewerkschaften erst recht zur Ausbreitung und zu tatsächlichen Einflüsse verholfen. Der Arbeiterschutz auf dem Papiere wird erst durch eine dauernde Überwachung seitens der Gewerkschaften in der Praxis möglich; in den Gewerkschaften, in den Krankenkassen, in den Landesversicherungsämtern, im Reichsversicherungsamt usw. usw. ist die Anteilnahme der Arbeiter eine ganz hervorragende. Ohne die Gewerkschaften würden diese sozialpolitischen Einrichtungen gar nicht belebt sein, und am Schlusse ziehen die Gewerkschaften daraus neue agitatorische Kraft und Stoff zu ihrer eignen praktischen Weiterbildung. Die Versicherungsgesetzgebung hat nicht nur nicht den „Lebensnetz“ der Gewerkschaften „durchschnitten“, sondern das Versicherungswesen der Gewerkschaften erst zur Blüte gebracht, das Feld der gewerkschaftlichen Betätigung ist nicht eingeengt, sondern ausgeweitet worden. Ohne die gewerkschaftliche Macht der Arbeiter würden die sozialpolitischen Gesetze völlig dem Bureaokratismus verfallen. Zur Geltendmachung für die Arbeiter nützlicher Gesetze kann die s.-d. Partei gar nichts, die gewerkschaftliche Organisation alles tun. Angeblich sollte aber die soziale Gesetzgebung die Gewerkschaften geradezu überflüssig machen.

Die Schlussfolgerungen, welche Bebel bezüglich der Ausbreitung der Industrie und ihrer Einwirkung auf die Gewerkschaften zog, haben sich ebenfalls als total falsch erwiesen. Er hätte nur auf England zu blicken nötig gehabt, um seinen Irrtum auf der Stelle korrigieren zu können. Das Wachstum der Industrie, die steigende Macht des Kapitalismus, hat gleichzeitig gegenüber den Verhältnissen von 1893 ein riesenhaftes Wachstum der Gewerkschaften zur Folge gehabt. Die Worte Bebels aber, in jener Zeit öffentlich gesprochen, wo es sich für die Gewerkschaften darum handeln mußte, in die Mauern der Indifferenten Bresche zu legen, eine daniederliegende Bewegung aufzurichten und für sie begeisterte Kämpfer zu werden, kam einem Todesurteil für die Gewerkschaften gleich. Vom Standpunkte Bebels aus müßte jeder Arzt jedem Kranken ins Gesicht sagen: Ich stelle meine Behandlung ein, denn Sie sind unrettbar dem Tode verfallen! Was würde man aber außerdem sagen, wenn der Arzt nicht einmal recht behielte, wie Bebel im Laufe der Zeit das Falsche seines Urteils durch Tatsachen nachgewiesen worden ist? Nach Bebels Urteil — für den nun einmal das Prophezeien ein „Reservatrecht“ ist — hätte ja das Sozialistengesetz etwas Gutes getan, wenn es die Arbeiterbewegung von einer überflüssigen Gewerkschaftsbewegung befreite und eine überflüssige Ver-
ausgabe von Kraft in der Arbeiterbewegung verhinderte!

Doch es gab auch Delegierte in Köln, die dem kurzfristigen und gewerkschaftsschädlichen Standpunkte Bebels in überlegener Weise entgegentraten, wie z. B. Schippel, der in dieser Sache ausführte:

... Was Bebel zum Schlusse sagte von der Gesetzgebung und der fortschreitenden Kapitalkonzentration, die den Gewerkschaften den Boden abgraben sollen, drückt eine weit verbreitete Anschauung aus, die eins der wesentlichsten Hindernisse des Fortschreitens der Gewerkschaften ist. Ist das richtig, so klären wir doch besser die Gewerkschaften über ihre Nutzlosigkeit auf, wie es Kessler macht. Es ist das aber meiner Meinung nach eine grundfalsche Anschauung in unserer Partei, und zwar nach beiden Richtungen. Vielfach liegt es umgekehrt. Wenn wir Arbeiterschutzgesetze erreichen, werden uns die besten Gewerkschaften habnübrend vorausgegangen sein. Für den Jahn, den Kunststudentat sind die Gewerkschaften die Vorsetzer gewesen. Wo steht der Achtstundentag näher: Bei uns, die wir 14, 16, 18 Stunden Arbeitszeit, aber eine starke politische Partei haben, oder in England, wo keine politische Partei existiert, wo die Arbeiter noch vielfach gegen ein Achtstundengesetz stimmen, wo aber z. B. die Vergleute den Achtstundentag gewerkschaftlich erwungen haben? Mit der Schablone läßt sich das nichts machen. Man soll also die Wirkung der Gewerkschaftsbewegung nicht unterschätzen, man soll nicht meinen, die Entwicklung dränge dahin, daß ihr der Boden unter den Füßen fortgezogen wird. Wenn das Kapital wächst, organisieren sich auch die Arbeiter, die Dinge sind gar nicht zu trennen. . .

Schippel begründete mit seinen Ausführungen gewissermaßen den Satz, daß für das, was die Gewerkschaften nicht auf dem Wege des Gewerkschaftskampfes erreichen, die Gesetzgebung auch nicht zu haben ist.

Ein anderer Redner, Paul (Hannover), kennzeichnete die Situation mit folgenden zutreffenden Strichen:

Die Tribüne dieses Saales ist nach dem bisherigen Gange der Debatte zur Guillotine der Gewerkschaftsbewegung geworden. Die bösen Folgen davon werden sich draußen bald zeigen. Die Agitation in den Kleinstädten und auf dem Lande, die gerade die Gewerkschaftler betreiben, ist schwer und mühsam, viel schwerer, als von einer großen Stadt zur andern zu fahren, vor zehntausend Menschen zu sprechen, sich nach der Rede beglückwünschen zu lassen und dann wieder abzufahren. Zahlreiche Führer und rednerische Kräfte der Partei sind tatsächlich der Gewerkschaftsbewegung abgeneigt und ihre Haltung beeinflußt natürlich auch das Gedeihen der Bewegung höchst ungünstig. Wie sollen wir vorwärts kommen, wenn auch an kleinen Orten der Führer der Partei es ablehnt, sich mit dem „Gewerkschafts-
quatsch“ zu befassen, und uns erklärt, er halte bloß politische Reden, natürlich hochpolitische Reden. Aber die Zeit der Gewerkschaften ist noch nicht erfüllt; ihre Bedeutung ist nicht herabgemindert, sie sind notwendiger als je.

Selbstverständlich konnte es sich auch der Geschäftsführer Richard Fischer nicht versagen, in gewohnter Objektivität auf die Buchdrucker, seine ehemaligen Kollegen, loszuschlagen. Er äußerte:

... Sehen wir uns die Auser in diesem Streit etwas näher an, so finden wir z. B. in Berlin darunter Leute, die seinerzeit unter dem Sozialistengesetz in der ersten Stunde der Gefahr die Partei verraten, sich mit Händen und Füßen für das Einschwenken in den „Königlich preussischen Gewerksverein“ ereifert und seit Jahr und Tag sich um die Partei nicht mehr gekümmert haben. . .

Fischer nannte natürlich keine Namen, um seine Verdächtigungen wirksamer zu machen. Im übrigen sollte damit Fischers Standpunkt zur Generalkommission dargetan sein, der und speziell Begien er noch einige weitere „anerkennende“ Worte widmete.

Ein Delegierter Beckmann aus Höchst a. M. glaubte feststellen zu müssen: „Mit der gewerkschaftlichen Bewegung gehe es notwendig zurück, in dem Maße, wie die Übermacht des Kapitals wachse.“ Punktum.

Marx Zetkin ist ja auch immer dabei, wenn es gilt, zu prophezeien: „Darauf darf man sich nicht täuschen, daß der Wirkungskreis der Gewerkschaften immer und immer verkleinert wird.“ Wirklich, man darf sich darüber nicht täuschen! Im Jahre 1893 zählten die deutschen modernen Gewerkschaften 246 000 Mitglieder. Der Gesamtkassenbestand betrug 800 000 Mk. Auf den Kopf der Mitglieder entfiel eine Einnahme von 3,76 Mk. und vom Kassenbestande 1,50 Mk. Zwölf Jahre später — wiederum wurde das Fazit in Köln gezogen — hatten dieselben Gewerkschaften 1 250 000 Mitglieder und einen Kassenbestand von 16 Millionen. Pro Kopf der Mitglieder entfiel eine Einnahme von 19 Mk. und ein Kassenbestand von 14,59 Mk. In diesem Augenblicke mögen mehr als zwei Millionen Arbeiter den modernen Gewerkschaften angehören und in ihren Kassen befinden sich etwa dreißig Millionen Mark! Man darf sich also „nicht täuschen“, der Wirkungskreis der Gewerkschaften wird tatsächlich „immer und immer verkleinert“!!

Zur Generalversammlung.

Der § 26 unsers Statutes.

Die Zahl der Anträge zu unsern Generalversammlungen ist bekanntlich immer eine sehr große. Ich kann mir sehr wohl die Empfindungen unsers Hauptvorstandes vorstellen, wenn er sich daran machen muß, den Wust der Anträge und die ihnen beigegebenen Begründungen zu verarbeiten. Es müßten nun Mittel und Wege geschaffen werden, zu ermöglichen, die Flut der Anträge einzudämmen. Es ist, um einmal den richtigen Ausdruck zu gebrauchen, ein Unflug, wenn jeder Ortsverein vermeint, unter allen Umständen zur Generalversammlung selbst mit Anträgen aufzuwarten. Hier Remedur zu schaffen, ist notwendig, und möchte ich dazu folgende Anregungen geben.

Der § 26 unsers Statutes besagt bekanntlich, daß jeder Gau, jede Mitgliedschaft sowie der Verbandsvorstand das Recht haben, begründete Anträge zur Generalversammlung zu stellen. Bei diesem Paragraphen möchte

ich nun vorschlagen, eine Änderung vorzunehmen, und zwar dahingehend, daß die einzelnen Mitgliedschaften ihre Anträge zur Generalversammlung nicht mehr direkt stellen können. Wenn man bedenkt, welche unheimliche Fülle von Arbeit die Sichtung der ganzen Anträge macht, und wie es unter Umständen gar nicht möglich ist, daß unsere Delegierten sie sämtlich verarbeiten können, so muß man sich sagen, daß ein Weg gefunden werden muß, dem zufolge der Massenanstrengung — denn ein solcher ist es doch tatsächlich — in irgend einer wirksamen Weise zu steuern. Bedenke man doch nur, wieviel Delegierte der Generalversammlung den Beratungen im Plenum entzogen werden, indem sie in den diversen Kommissionen die verschiedenen Anträge verarbeiten müssen!

Einem Ausweg würde ich nun darin sehen, wenn die zur Generalversammlung zu stellenden Anträge nur vom Gau kommen dürfen. Es soll hierdurch den Mitgliedschaften in keiner Weise ihr diesbezügliches Recht beschnitten werden, wie ich noch weiter unten ausführen werde. Um meinen Vorschlag verwirklichen zu können, müßte natürlich jeder Gau rechtzeitig vor der Tagung unseres obersten Parlamentes einen Goutag abhalten, und dann müßte auch die Frist zur Stellung der Anträge — jetzt acht Wochen vor Zutritt der Generalversammlung — heruntergesetzt werden. Die Orte event. die Bezirke stellen wie bisher Anträge zur Generalversammlung, nur sollen sie nicht direkt an letztere gelangen, sondern erst an den Goutag gehen. Hier erfolgt ihre Besprechung und dann die Beschlußfassung darüber, ob sie zur Generalversammlung zu stellen sind, ob der Goutag sie zu den Zeitigen machen, sie also dann selbst stellen will.

Dieser Wobus hätte meines Erachtens viel für sich. Einmal würde der Generalversammlung und dem Hauptvorstande viel Zeit erspart, indem manche geradezu unmöglichen und wenig durchdachten Anträge gar nicht erst an sie gelangen, und sie dadurch auch nicht erst gezwungen würden, sich mit ganz unzumutbaren Sachen zu beschäftigen. Zum andern könnte wieder Anträgen, denen eine ausgiebige Besprechung seitens unserer Delegierten, als welche wir doch nur unsere besten und mit dem ganzen Verbandsleben am meisten vertrautesten Kollegen wählen, gebührt, mehr Zeit gewidmet werden. Wie oft müssen nicht auf der Generalversammlung die Anträge nur so durchgepeitscht werden, was sicher die Delegierten nicht weniger wie ihre Mandatgeber bedauern. Der Not gehorchend, verschwindet so mancher Antrag, der ein besseres Schicksal verdient hätte, für immer in der Kommission. Er ging dahin und ward nicht mehr gesehen! Daß dies anders werden würde bei Umänderung des § 26 im Sinne meines Vorschlages, dürfte wohl einleuchten. Der von mir vorgeschlagene Wobus hätte aber weitere Vorteile. Unter den Delegierten zu den Goutagen befinden sich in der Regel auch die zu wählenden Abgeordneten für die Generalversammlung. Werden nun von den Orten oder Bezirken, die doch alle mehr oder weniger Vertretung auf dem Goutage haben, Anträge zur Generalversammlung gestellt und dem Goutage zur Besprechung und Begutachtung unterbreitet, so haben die Generalversammlungsdelegierten bestes Gelegenheit, die Gründe der Antragsteller zu hören. Letztere sind also gewissermaßen in der Lage, vor einem größeren Forum ihre Anträge zu begründen. Die Goutagsdelegierten, doch meist auch erfahrene Kollegen, lernen aus der Besprechung die Gründe und Motive zu den Anträgen kennen und werden in Vereinen mit dem Gauvorfstand — oft wohnt den Goutagen auch noch ein Mitglied des Hauptvorstandes bei — bald herausfinden, ob dieser oder jener Antrag zweckmäßig ist, Sinn hat und auf der Generalversammlung eventuell auf Ausnahme rechnen kann. Ist das nach Meinung des Goutages nicht der Fall, so hat der betreffende Antrag eben zu verschwinden!

Vor einem größeren Kreise erfahrener Kollegen wie auf dem Goutage könnten so die Anträge sachgemäß kritisiert, beleuchtet, eventuell erweitert und ihre Stellen überzeugend werden, was es mit ihren Anträgen auf sich hat. Einsichtige Kollegen werden letztere bei nicht günstiger Beurteilung bald zurückziehen. Tun sie es nicht, so votiert eben der Goutag. Und damit hätten sich dann die Kollegen abgefunden. Sie werden einsehen müssen, daß wenn es ihnen nicht gelingt, ihrem Antrage vor dem Goutage Geltung zu verschaffen, dies auch vor der Generalversammlung nicht der Fall sein dürfte. Wenn sich die Generalversammlungsdelegierten aus dem eignen Gau nicht für diesen oder jenen Antrag erwärmen können, so kann man schlecht verlangen, daß sie sich auf der Generalversammlung mit besonderer Verbe dafür ins Zeug legen sollen.

Was man sich manchmal im kleinen Kreise, in kleinen Ortsvereinen als wundervoll und zweckmäßig ausdentet, kann oft in der Wirklichkeit und vor einem größeren Kreise Kollegen aus den verschiedensten Orten mit oft größeren Mitgliedschaften unter Aufzählung lokaler Verhältnisse und bei Berücksichtigung des großen Ganzen nicht bestehen. Es erweist sich als undiskutabel. Ich will nun beiseite damit nicht sagen, daß brauchbare Anregungen nur aus den größeren Mitgliedschaften herauskommen können, aber mehr Gelegenheit, solche zu empfangen und manches besser zu beobachten, hat man dort. Je größer der kollegiale Kreis ist, um so mehr kann der eifrige Verbandskollege unter feinesten gleichem neue Anregungen empfangen und seinen Blick schärfen. Das kann man doch sicher nicht bestreiten. Wie viele haben nicht schon gesagt, daß sie in diesem oder jenem kleinen Kollegenkreise gesunde Ansichten, manchmal sogar gesunde Bahnen aus größeren, na, und dann werden sie sich auch sicher Bahn brechen. Auch solche Beispiele haben

wir genug. Der eifrige und strebsame Kollege, den man oft mehr im kleinen denn im großen Ortsverein antrifft, wird wohl liberal sein Verbandsinteresse setzen und sich Anregungen in diesem Sinne suchen.

Mein Vorschlag wird nun wohl nach dem vorstehend Angeführten im richtigen Sinne verstanden werden. Er geht in seiner Konsequenz dahin, daß Ortsvereine oder Bezirke nicht mehr direkt Anträge zur Generalversammlung stellen können. Dies soll für sie der Gau tun. Ich schlage also vor, dem § 26 unseres Statutes die folgende Fassung zu geben:

§ 26. Jeder Gau und der Verbandsvorstand haben das Recht, Anträge zur Verhandlung und Beschlußfassung durch die Generalversammlung zu stellen. Die einzelnen Mitgliedschaften oder die Bezirke bringen ihre Anträge zur Generalversammlung nur bei ihrem zuständigen Gau an, der sie dann auf seinem rechtzeitig vor der Generalversammlung anzuberaumenden Goutage bespricht und begutachtet und eventuell zu den Zeitigen macht. Die Gaus haben eine diesbezügliche Bestimmung in ihr Statut aufzunehmen. Die Einbringung der Anträge zur Generalversammlung muß mindestens fünf Wochen vor Zutritt der Generalversammlung an den Verbandsvorstand erfolgen.

Ins Auge zu fassen wäre vielleicht noch, daß der Hauptvorstand die Zeit zwischen Einberufung der Generalversammlung (§ 25) und dem Tage des Beginns derselben so reichlich bemittelt, daß die Gaus auch noch rechtzeitig ihre Goutage abhalten können.

Dies mein Vorschlag. Ich glaube für ihn nur Zweckmäßigkeitserweise geltend gemacht zu haben. Niemand wird bei Verwirklichung desselben von irgendwelcher Beschneidung der Rechte oder gar Verletzung des demokratischen Prinzips reden können. Es handelt sich meiner Ansicht nach nur um eine rein verwaltungstechnische Frage, um einen Mitzstand, der beseitigt werden muß. Ich mache mir nicht an, mit meinem Vorschlag unter allen Umständen ins Schwarze getroffen zu haben, und wünsche darum, daß noch andre Kollegen in dieser Sache das Wort nehmen möchten. Sehe ich, daß mein Vorschlag nicht angängig, so beehre ich mich damit, entgegengelegtenfalls würde ich seine Verwirklichung erstreben.

Brandenburg a. S. P. Wendt.

Für die Generalversammlung.

Es gibt sehr viele Kollegen unter uns, welche der Organisation schon einmal angehört, wiederum um Aufnahme nachsuchen und dieselbe als Mitkämpfer für unser aller Wohl auch erhalten haben. Viele sind da zu finden, welche vom ersten Tage ihrer Gehilfenzeit an, wie mir bekannt, 5, 10, sogar 10 Jahre lang treue Verbandsmitglieder waren, mehrere Streiks bei Besatzung, Konvention und durchzuführen und, so den Lohn von 18 Mk. in den 70er Jahren bis zu der heutigen Höhe zu unser aller Wohl mit herbeiführen halfen. Verschiedene, in unserem Zeitalter entschuldige Ursachen, wie finanzielle Notlage durch Unglück, schlechte Gesellschaft, unüberlegter Leichtsinns usw., führten diesen oder jenen zu Resten und schließlich zum Ausschlusse.

Viele unter diesen waren sich nun gar nicht bewußt, wie schwer sie dieses Kapitalverbrechen, in ihrem Leben einmal ver- oder unverduldend in „Bruch“ zu kommen, zu büßen haben. Und schwer muß es büßen, da darfst so leicht überhaupt nicht wieder aus dem Bruche kommen, so sagt der Verband in seinem Statute, trotzdem du nicht mit einem Pfennig betrogen hast, und ich meine Zahlungen mit dem Tage deines Ausschlusses dir gegenüber einstellen. „Ausgeschlossene haben bei der Wiederaufnahme ein Eintrittsgeld von 2 Mk. zu entrichten und gehen der Anrechnung ihrer früher geleisteten Beiträge verlustig usw.“ — so steht es geschrieben, so wird es gehandhabt. Ich halte die Zeit für gekommen, wo der § 2 Absatz 2 des Statutes einer Änderung unterzogen werden muß, da er der Tendenz einer modernen Arbeiterorganisation, deren Mitglieder sich gern „Pioniere“ nennen, schlecht zu Gesicht steht. Daß in Zukunft den zu uns Zurückkommenden Gutenbergsbindlern goldene Brücken gebaut werden sollen in bezug auf Karenzzeit zur Invalidenunterstützung, daran wage ich nicht einmal zu denken, viel weniger zu glauben. Wo würde das wohl hinführen! Auf der einen Seite ein im Verbands und in Beruf ergrauter Kampfgenosse, der seine 10 und mehr Jahre von beendeter Lehrzeit an dem Verbands durch wöchentliche Steuern zu seiner jetzigen Größe und seinen Kapitalien mit verholpen hat, nie in seinem Leben geschuftet, nie andre Kollegen geschädigt hat, der muß laut Statut, weil er wegen Resten einmal längere Zeit von uns fern war, zur Buße auf Invalidenunterstützung aller Wahrscheinlichkeit nach verzichten. Wenn betreffender Kollege mit 47 oder 48 Jahren zum zweitenmale wieder in den Verband aufgenommen wurde, so kann er bei jetziger vierwöchentlicher Ausschilfskonjunktur unter Umständen 100 Jahre alt werden, ehe er die vorgeschriebenen 700 Wochenbeiträge wieder erreicht. Unter Umständen muß er als verheirateter, alter Kollege, um bei seiner niedrigen Staffel an Unterstützung am Orte nicht ausgesteuert zu werden, noch auf die Wandererschaft gehen und hat zum Schlusse die niedrigste Begräbnisgeldklasse zu gewärtigen. So muß die arme Verbandsbuchdruckerei für den „Verbreiten“ büßen! Und auf der andern Seite sollen einem sein Recht den Tendenzen des Verbandes entgegenarbeitenden, nie für die Verbesserung unserer Lage ein Scherflein betragenden, aber trotzdem die Früchte unsers Verbandes genießenden Bündler, wie Kollege G. Dörs in Nr. 12 des „Korr.“ erwähnt, goldene

Brücken in bezug der Invalidentät gebaut werden? Da könnte man sich schwer aufregen! Ein wegen Resten einmal Ausgeschlossener, der aber trotzdem auch weiterhin an den Verbandsprinzipien festhielt, hat den Verband ebensowenig geschädigt wie ein Ausgetretener, der verschuldet ein Jahr lang in einem andern Beruf hineinzupfuschen suchte und doch ohne Eintrittsgeld nach sechs Wochenbeiträgen seine früheren Rechte in Anrechnung erhält. Unser gegenwärtiges Statut, mit dem viele unzufrieden sind, sorgt für seine wirklichen Verbreiter nach Verbüßung der Strafe durch Geißliche usw. für ihr späteres Fortkommen ganz gehörig, und wir sollten uns unsern Restanten gegenüber auch etwas nobler benehmen. Kollegen, die Generalversammlung in Köln möge beraten, Mittel und Wege finden, damit die jetzige Generation voll und ganz und mit Recht zu dem Genusse der Früchte ihres Werkes kommt. Gleichfalls möchte sie nachträglich für einen Zuschuß solcher Invaliden sorgen, welche heute, wo alles um ein Drittel teurer ist als vor zehn Jahren, gezwungen sind, mit 7 Mk. pro Woche zu existieren. Ich bitte, allerorts hierauf bezügliche Anträge zu unterstützen und nur deren Vertreter nach Köln zu senden. Das Verbandsvermögen wächst zu unser aller Freude immer höher an, reist zu allerlei Mehrerbildungen von schon gut besoldeten Beamten usw., während eine große Zahl älterer Kollegen täglich mehr und mehr arbeitslos wird und somit einer bängigen Zukunft entgegensteht.

Dresden. R.

Im M. Gladbacher Hegenkessel.

Wenn der Bund nicht stärker wird, ist damit der christlichen Gewerkschaften auch nicht gedient. Stegerwald.

Um an der Stätte der Arbeiterzerpflitterung den christlichen General- und Beiräten endlich den Beweis zu erbringen, daß dem Verlangen Stegerwalds mit „Rechtigkeit“ entprochen werden könne, wie ferner den heischgeheuten Bezirk M. Gladbach des Gutenbergsbundes endlich aus der Taufe heben zu können, hatte das Ortsstell der christlichen Gewerkschaften M. Gladbachs auf den 16. Febr. zu einer öffentlichen Versammlung der Buchdrucker, Buchbinder und verwandter Berufe eingeladen und als Referenten in Rheinland-Westfalen „rühmlichst“ bekannten Felder mit der Tagesordnung: „Die augenblickliche Lage im graphischen Gewerbe“, bestimmt. Da alles Versenden von den bekannten Traktäthen des Gutenbergsbundes an die christlich gesinnten Kollegen des Verbandes sich als nutzlos erwies, nachdem man gesehen, daß die Verbandsmitglieder in der Offizin des Herrn D. tto (Krefeld) sich in einer öffentlichen Erklärung im „Korr.“ dieses christliche Heilsverben verpöten, und man auch noch „Krefeld“ hätte, daß in der „Krefelder“ des Katholischen Volksvereins der 14 Verbandsleiter nicht fünf Bündler gegenüberstehen, setzte man seine letzte Hoffnung aufs christliche Kartell. Und so wurde der Mittelteil zwei Tage vorher davon die Kunde, daß am 16. Februar das große „Niederreiten“ des Verbandes ansetzen werde. Und die 10 Niedergerittenen mit dem Kollegen Schöred (Essen) und dem Bezirksvorstand an der Spitze waren noch in letzter Minute in großer Stärke aus Krefeld, M. Gladbach, Rheyn, Bieren, Dillen usw. erschienen und haben mit Hilfe der freigewerkschaftlichen Organisationen dem Gutenbergsbund und zugleich auch den Christlichen eine Niederlage bereitet, wie wir sie selbst im entfernsten nicht gegahnt hatten.

Um 11 Uhr ging der Tanz los. Der Vorsitzende des christlichen Kartells, Arbeitersekretär Weiffels, mit seinem großen Stabe von Hochschülern an der Spitze, eröffnete die Versammlung und erteilte sofort dem Referenten das Wort. Dagegen erhoben wir Protest und verlangten, daß unsern Referenten die gleiche Redezeit garantiert werde. Erst die Unterstützung unsers Antrages durch den Redakteur der „Westdeutschen Arbeiterzeitung“, Herrn Zoos, sicherte uns dieses. Den Diskussionsrednern wurden zehn Minuten Redezeit gewährt. Und nun setzte der „große“ Felder ein. Was er da alles durcheinander warf, die Ausfälle gegen Verband und freie Gewerkschaften, die Unwürfe gegen Böblin, Rezhäuser, Grafmann usw., das alles wollen wir übergehen, da unsre Leser aus dem kleineren Berichte ja orientiert sind. Genau wie in Koblenz, so auch im Gladbacher Hegenkessel, wie er ihn selber nannte. Als er uns zum Schlusse seines dreiviertelstündigen Referates zutief: Wenn wir die Streitart nicht begraben, wenn wir nicht zulassen, daß Bündler in dem Tarifauschuss und in den tariflichen Instanzen Sitz und Stimme bekommen, dann würden wir erleben, daß ohne Gutenbergsbund mit Unterstützung der christlichen Gewerkschaften kein neuer Tarif abgeschlossen würde, da brach auf unsrer Seite schallende Heiterkeit aus. Und nun folgte Kollege Schöred. Eingangs seines Referates bemerkte er, daß es ihn tatsächlich anette, nun fast allsonntäglich die fortgesetzten Lügen und Verdrehungen eines Herrn Felder zu widerlegen. Und was dieser Wahrheitsheld in dreiviertel Stunde alles durcheinander gewürfelt: Politik, Gewerkschaften, Spartenfreiheit, Verband, Unvollkommenheit des Tarifes, der neue § 4 usw., das zu widerlegen, war dem Kollegen Schöred in der gleichen Redezeit vor solchen Auditorium nicht möglich. Nachdem er die Gründung der christlichen Gewerkschaften von unserm Standpunkte beleuchtet, blieben ihm nur noch zehn Minuten, um kurz auf die Verdrehungen des Referenten einzugehen. Die Redezeit war abgelaufen, der Vorsitzende klingelte und Kollege Schöred mußte herunter. Aber ein dann ausbrechender Beifallsturm bewies, daß Schöreds Appell an

die Verbandsmitglieder nicht umsonst gerichtet war. Und nun setzte die Diskussion ein. Was mir da jedoch an „Objektivität“ seitens des Arbeitersekretärs Wessels als Vorliegendem erlebt, das spottet jeder Beschreibung. Wir müssen gestehen, einen unfähigeren Menschen als Versammlungsleiter haben wir noch nicht gesehen. Jeder von uns gemachte Zwischenruf wurde sofort mit dem Hinweis auf den Hausfriedensbruch von ihm beantwortet. Sein deutlicher Hinweis an die überwachenden Beamten auf den und den, lies bei uns keinen Zweifel, was wir von seiner Seite zu erwarten hatten. Und echt christlich war es von ihm, als er den Gauleiter der Steinbrüder, der den Vorschlag zur Wahl eines andern Vorliegenden machte, zur Tür hinausweisen ließ. In der Diskussion sprach zunächst Herr Reaktor Joos dem Referenten Felder seine Mißbilligung darüber aus, daß er zu sehr die Religion mit den Gewerkschaften verquidelt habe, und hat den Kollegen Schorek, in einer späteren öffentlichen Versammlung ein Referat über die christliche Gewerkschaftsbewegung zu halten. Der Bezirksvorsitzende Erlelenz wies das Anerbieten Felders, die Streitart zu begradigen, ganz entschieden zurück. Für uns sei und bleibe der Gutenbergbund eine Streikbewerkschaftsorganisation, und wenn ein Christlicher zuvor gerufen: Lieber eine gelbe Farbe als eine rote, so beweise dieses, daß uns keine Ansticht die rechte sei. Zum Schluß brachte Kollege Erlelenz eine Resolution ein, wonach nur der Verband als einzige Organisation in Betracht kommt, welche die Interessen der Gehilfen in gewerkschaftlicher und tariflicher Hinsicht voll und ganz vertritt und das Gebaren des gelben Gutenbergbundes scharf verurteilt wird.

Es setzten nun die Redner der beiden Richtungen ein. Der ganze Gladbacher Bittensack wurde über uns geleert, immer neue, frische Weizsäcker der christlichen Hochschule wurden herangeholt, während wir und mit uns die freien Gewerkschaftler ausharrten und die gemachten Einwürfe treffend widerlegten. Und als der Vorsitzende des freien Gewerkschaftsartikels in glänzender Weise Generalabrechnung mit den Christlichen hielt, ihnen ihre Schandtat bei der letzten Gewerkschaftswahl vorhielt und zum Schluß darauf hinwies, daß auch die Gewerkschaftler sich politisch schulen müßten, da stellte Arbeitersekretär Wessels mit breitem Grinsen fest, daß auch die Buchdrucker einem Sozialdemokraten Weisfall geklatscht hätten! Nun setzten die Rufe zur Geschäftsordnung von neuem ein, und unter Aufbietung all unser Lungentraft erbrachten wir den Beweis, daß selbst die Christlichen Weisfall geklatscht hätten. Nun kam Herr Jakob Rümmer, der Wärter des Bezirks Krefeld, wie Herr „Sekretär“ Felder ihn getauft. Es war sein erstes Debüt; auf Befehl der Generalräte mußte er das, was er früher mit hochgehalten, in den Dreck ziehen. Sein altes Stedenpferd, der Artikel des Kollegen Baur (Stuttgart), verding nicht mehr; seine Aufforderung an alle christlich gesinnten Verbändler, ihm nachzujagen, löste bei uns einen Sturm des Gelächters aus. Kollege Schmidt (Dülken), der sich der Versammlung als treuer Sohn der katholischen Kirche, aber auch als strammes Verbandsmitglied vorstellte, fertigte Rümmer in seiner Weise glänzend ab. Man merkte es dem Herrn Rümmer und seinen vier Abgefallenen an, in welcher peinlichen Situation sie sich befanden; inmitten der Schar Verbänder eingeteilt, nun jede Hoffnung auf Erfolg schwinden zu sehen. Und als uns Herr Wessels mit hochglänzendem Gesicht entgegen rief: „Wir Christlichen haben die Mehrheit, der Tag ist unser“, da machten wir die Probe aufs Exempel. Und als nun gegen 3 Uhr die Abstimmung kam, da fielen wir mit überwiegender Mehrheit. Wenn man Führer von 10 000 christlichen Gladbacher Arbeitern ist und wenn man uns wiederholt androhte, bis in die Nacht hinein zu tagen — da wir mit knurrendem Magen ausliefen —, dann war diese Abstimmung ein glänzendes Fiasko für die ganze christliche Weiratschaft. Mit diesem Resultate war es auch dem Bureau klar, daß unsere Resolution nicht ins Wasser fiel, wie man so gern gehofft. Nun sprach Herr Felder das Schlusswort. Doch das war gar kein Schlusswort, das war der alte christliche Trick, den Gegner nach allen Regeln der Kunst herunterzureißen. Und als Herr Felder glaubte feststellen zu müssen, daß kein Verbandsvertreter seine Ausführungen über Döblin und seine Teilnahme am Sozialistenkongress in Stuttgart widerlegt hätte, da rief Kollege Schorek ihm zu, daß ihm durch die vielen Rufe zur Geschäftsordnung, durch den Tumult der Christlichen, als er sehnagelte, daß die Brüder in Christo wegen Mißhandlung des Schneiders Ludwig in Großschheim vom Schöffengericht in Waghaffenburg verurteilt wurden, insbesondere durch das auffällige Gebaren des Vorsitzenden Wessels und infolge der knappen Redezeit die Möglichkeit genommen war, da entpuppte sich Herr Felder als Wahrheitsliebender erster Güte. Mit der ganzen Dreifaltigkeit eines Gutenbergbündlers rief er in den Saal hinein: „Herr Schorek hat sich eben wegen der Teilnahme des Herrn Döblin am Stuttgarter Kongress bei mir entschuldigt.“ Diese bewußte Lüge schlug natürlich nur dem Fasse den Boden aus. Da war auch die letzte Hoffnung auf den Fischzug unter den christlich gesinnten Kollegen verschwunden. Jetzt kam der letzte christliche Trick: Nachdem der Sturm der Entrüstung sich gelegt, sprach Herr Felder noch einige Sätze, und wie auf Kommando brach er ab — und die Versammlung war geschlossen. In demselben Augenblicke trat Kollege Erlelenz an die Rampe, und, umgeben von der ganzen Schar christlicher Weiräte, brachte er mit seiner den christlichen Tumult überhörenden Stimme die Resolution zur Abstimmung. Und wieder eine erdrückende Mehrheit! Dann folgte ein brausendes Hoch auf den Verband und die freien Gewerkschaften. Und als unser Bezirksvorsitzender

ausrief: „Das war ein Siegestag für den Verband der Deutschen Buchdrucker“, da wollte der Jubel kein Ende nehmen. Unter Wsingen des Riebes: „Stoß an!“ verließen wir demonstrativ den Saal, im Hintergrunde Felder und seine neun Bündler in ohnmächtiger Wut.

So endete das große „Niederreiten“ im Gladbacher Gegendesfeld. Keine einzige Ausnahme für den Bund mit der Gründung des „Bezirksvereins des Gutenbergbundes“ ist es vorbei, und gefestigt wie je stehen die Mitglieder des Bezirks Krefeld zu ihrer Organisation und ihren bewährten Führern. — z.

Korrespondenzen.

W. Bremerhaven. Maschinensezerverein „Nordwest“! Unser Generalversammlung in Oldenburg war von 30 Kollegen aus Bremerhaven, Oldenburg, Wilhelmshaven, Bremen, Emden, Delmenhorst und Nordenham besetzt; nicht vertreten waren die Orte Warf, Wegefeld, Hienburg, Verden, Aurich und Hoya. Anwesend waren ferner Gauvorsitzer Bachhaus (Bremen), Bezirksvorsitzer Roth (Oldenburg), sowie eine Anzahl Handwerkerkollegen. Nach dem gedruckt vorliegenden ausführlichen Jahresberichte stieg die Mitgliederzahl unseres Vereins auf 47 (am 1. Januar 1908). Die sanitären Verhältnisse im Vereinsgebiete haben gegen das Vorjahr im allgemeinen eine Besserung erfahren. Der Jahresbericht fand die Zustimmung der Generalversammlung, worauf dem Gesamtvorstand Entlastung erteilt wurde. Beschlossen wurde die Gründung eines Klubs Ostfriesland mit Anschluß an unsern Verein. Der bisherige Vorstand wurde einstimmig wiedergewählt. Es wäre zu wünschen, wenn die im Vereine bestehende technische Kommission noch mehr in Anspruch genommen würde. In manchen Orten bleibt auf tariflichem Gebiete noch viel zu wünschen übrig, speziell da, wo Kollegen in Frage kommen, die weder dem Verbands noch der Sparte angehören. Den auswärtigen Teilnehmern an der Generalversammlung wurden die Fahrkosten für die niedrigste Wagenklasse (hin und zurück) vergütet. Als Ort für die nächste Generalversammlung wurde Bremen in Aussicht genommen. Den von den Zentralkommissionen der einzelnen Sparten gemeinsam aufgestellten Anträgen zur Generalversammlung des Verbandes wurde allseitig zugestimmt.

Erzgebirge-Boigtland. Der Bericht über die letzte Versammlung der Mitglieder der Chemnitz ist in seinem letzten Teile, den bevorstehenden Gantag betreffend, nicht objektiv, und sei deshalb folgendes zur Kenntnis gegeben: Der Gauvorstand war in seiner Mehrheit der Ansicht, daß der Gantag nach der Generalversammlung zweckdienlicher sei, da man dann vor gegebenen Tatsachen stehe und die Gauangelegenheiten diesen anpassen könne. Diese Ansicht wurde in einer kombinierten Sitzung mit dem Chemnitzer Ortsvorstande von letzterem nicht geteilt. Mit Rücksicht darauf hielt der Gauvorstand eine Umfrage bei sämtlichen Mitgliedschaften des Gauces, und waren von diesen sechzehn gleicher, zwei gegenteiliger Ansicht als der Gauvorstand. Dieses Resultat zeitigte einen Protest seitens des Chemnitzer Ortsvorstandes, der die Abhaltung eines außerordentlichen Gantages „zwecks Durchberatung der Tagesordnung der Generalversammlung“ forderte. In der Chemnitzer Mitgliedschaftsversammlung wurde die Sachlage besprochen, aber sollte der Bericht hierüber sachlich sein, so mußte er beiden Aufstellungen Rechnung tragen.

r. Schillingen. Die Versammlung vom 17. Februar beschäftigte sich in lebhafter Diskussion u. a. auch mit den zur Kölner Generalversammlung zu stellenden Anträgen. Zunächst war es die Frage einer Erhöhung der Beiträge in den einzelnen Unterabteilungen, deren Berechtigung man in Anbetracht der gegenwärtigen Verhältnisse anerkennen müsse. Allerdings lasse der gegenwärtige verfügbare Bestand der Kasse eine höhere Belastung kaum zu, selbst wenn man dieselbe auf ein Minimum beschränke. Der einzige Ausweg könne deshalb nur in einer entsprechenden Erhöhung des Verbandsbeitrages gefunden werden, wenn die betreffenden Anträge nicht unter den Tisch fallen sollen. Wohl erfreute sich eine Beitragserhöhung im allgemeinen keiner großen Sympathie, doch sei eine solche im Interesse der Sache kaum zu umgehen und werde auch Zustimmung finden, sofern sie sich in annehmbarer Höhe bewege. Ein diesbezüglicher Antrag, der eine Erhöhung der Beiträge für dauernd Arbeitsunfähige vorsch, von einer Mehrzahl angenommen aber Abstand nahm, wurde zurückgezogen zugunsten eines andern, der eine Beitragserhöhung von 10 Pf. pro Mitglied und Woche zugestand und entsprechend diesem Mehr die Befreiung wenigstens der dringlichsten Bedürfnisse in Aussicht stellte. Der Antrag fand die Zustimmung der Versammlung, ebenso ein solcher, der die Streichung des letzten Passus unter „Umzugskosten“ verlangte. Dem letztern Antrage liege zugrunde, daß man einem Mitgliede, das im Verlaufe eines Jahres im Interesse des Verbandes oder Tarifes zweimal den Wohnort zu wechseln gezwungen ist, doch wohl kaum zumuten könne, die Kosten des zweiten Umzuges in vollem Umfange zu tragen. Einzelverständlich hätten die maßgebenden Instanzen die einzelnen Fälle zu prüfen, so daß die Möglichkeit eines Mißbrauches ausgeschlossen sei. Die Spartenfrage war ebenfalls Gegenstand eingehender Erörterung, deren Resultat die Berechtigung der seitens der Spartenvertreter eingebrachten Anträge anerkannte. Einen in puncto Zahlungsweisen vorliegenden Antrag, der dahingehend, geeignete Mittel zu finden, um seitens der Gehilfenchaft einen größeren Einfluß bei Annahme und Ausbildung der Behr-

linge zu erlangen, glaubte die Versammlung ablehnen zu müssen. Wenn auch nicht zu verkennen sei, daß derselbe auf Beachtung Anspruch habe und die Gehilfen künftig, hin der Lehrlingsausbildung, besonders in kleinen Städten und der Provinz, mehr als bisher ihre Aufmerksamkeit zuwenden müßten, so sei dies zunächst Sache der Tarifbehörde; außerdem enthalte der Organisationsvertrag entsprechende Bestimmungen, deren Wirkungen abgemindert werden müßten. Damit erledigte sich dieser Punkt der Tagesordnung, deren Schluß in dem Wunsch Ausdruck fand, daß es der Generalversammlung zu Köln gelingen möge, die ihrer harrenden schwierigen Aufgaben in befriedigender Weise zu Ruz und Frommen der Organisation zu lösen.

O. S. Glogau. Die am 15. Februar im Vereinslokal abgehaltene Monatsversammlung, zu welcher auch die Vertrauensmänner aus dem Bezirke (Grünberg, Guhrau, Neusalz und Sprottau) anwesend waren, um an der Beratung der Anträge zur Generalversammlung teilzunehmen, erfreute sich einer regen Beteiligung seitens der Mitglieder. Zu Beginn der Versammlung gedachte der Vorsitzende Hiescher in längeren Worten des Abbleibens unsern wertvollen Kollegen Fritz Walter, welcher im blühenden Alter von 20 Jahren so früh aus dem Leben gerissen wurde. Die Versammlung ehrte ihn durch Erheben von den Plätzen. Hierauf hielt der Vorsitzende einen einviertelstündigen, gut durchdachten Vortrag über den „Organisationsvertrag und die Situation im Buchdruckergewerbe“. Lebhafter Beifall folgte den Ausführungen des Redners. In der Diskussion wurde natürlich der § 4 einer scharfen Kritik unterzogen, und sprachen sich alle Redner dahin aus, daß es richtiger gewesen wäre, wenn man vorher ein Einverständnis der Mitglieder herbeigeführt hätte. Man gab sich aber mit den bestehenden Tatsachen zufrieden und wurde von einer Resolution Abstand genommen. Zur Generalversammlung sind folgende Anträge gestellt worden: 1. Den Anträgen des Kollegen Schäfer (Ratzenruhe) [siehe Nr. 18 des „Korr.“] wurde zugestimmt. 2. Die Gauzuschüsse sollen unter der Voraussetzung abgefordert werden, daß die Zentrale nach Leistung der diesbezüglichen Beiträge aus den Gauen die Ortsunterstützung in der angemessenen Weise erhöht. 3. Zu militärischen Reserve- und Landwehrleistungen eingezogene Mitglieder sollen als Arbeitslose behandelt werden. 4. Die Reiseunterstützung soll um je 25 Pf. erhöht werden. 5. Die Ortsunterstützung soll dergestalt erhöht werden, daß von 250 Wochenbeiträgen an die Unterstützung 2 Mk. pro Tag beträgt. 6. Bei den Umzugskosten soll der Unterschied zwischen freiwillig und unfreiwillig umziehenden, einen eignen Haushalt führenden Mitgliedern fortfallen, während den Mitgliedern, welche keinen eignen Haushalt führen, bei Konditionswechsel innerhalb Deutschlands, sofern sie mindestens 200 Wochenbeiträge geleistet haben, das Reisegeld vierter Klasse vergütet werden kann. 7. Die Kassenunterstützung soll um je 25 Pf. erhöht und die Kassenzeit im Abzage 3 von 800 auf 500 Wochenbeiträge ermäßigt werden. Bei dem nächsten Punkte: Kandidatenfrage zur Generalversammlung, übernahm der zweite Vorsitzende Diez den Vorsitz und verlas ein Schreiben von Diegnitz, worin die Diegnitzer Kollegen ihren Bezirksvorsitzer Jänich als Kandidaten zur Generalversammlung empfehlen und zugleich den Vorschlag machen, damit jeder Bezirk einmal in die Lage komme, einen Delegierten zu entsenden, eine Reihenfolge aufzustellen, welche Bezirke einen Kandidaten vorzuschlagen haben. Schlesien hätte danach fünf Delegierte zu entsenden, davon Breslau zwei und die Provinz drei. Diegnitz schlägt nun die Bezirke Diegnitz, Waldenburg und Meisse vor. Sämtliche Redner stellten das Schreiben von Diegnitz als Reklameschreiben hin und sprachen sich alle dahin aus, daß es Hauptsache sei, daß wir einen Mann entsenden, welcher den Gau in jeder Beziehung vertritt, gleichviel, welcher Bezirk den Vertreter entsendet. Ohne Kollegen Jänich die Fähigkeiten hierzu absprechen zu wollen, ging die Meinung doch dahin, lieber einen erprobten Vertreter zu wählen, und es wurde deshalb einstimmig beschloffen, unsern Vorliegenden Gustav Hiescher als Kandidaten zur Generalversammlung aufzustellen. Die Stellungnahme zur Kandidatenfrage behält sich der Bezirk Glogau bis zur Veröffentlichung der Kandidatenliste noch vor. Nachdem noch der Vorsitzende bekanntgab, daß nunmehr der Kommentar erschienen ist, und ein Antrag angenommen wurde, daß die Bezirkskasse pro Exemplar eine Beihilfe von 30 Pf. leistet, wurde die sehr anregend verlaufene Versammlung in weit vorgerückter Stunde mit einem Hoch auf den Verband geschlossen.

-st. Hannover. Die am 18. Februar abgehaltene Versammlung des Lokalvereins beschäftigte sich in der Hauptsache mit der Stellung von Anträgen zur Generalversammlung und Aufstellung von Kandidaten zur Vorstandswahl. Ein Antrag des Vorstandes, die Arbeitslosenunterstützung zu erhöhen, und zwar den Satz von 1,25 auf 1,50 Mk. und von 1,50 auf 1,80 Mk., wurde in der Debatte dahin erweitert, daß auch die Reiseunterstützung erhöht werden soll. Um die entfallenden Mehrausgaben zu decken, war die Versammlung mit einer Erhöhung des Beitrages bis zu 10 Pf. pro Woche einverstanden. Der Antrag auf Einführung des vollen „Korr.“-Obligatoriums vom Verbandsorgane löste eine ausgedehnte Debatte über die Haltung des „Korr.“ und die Redaktion desselben aus. Sämtliche Redner waren im Prinzip für das Obligatorium, aber, so wurde ausgeführt, würde daselbe jetzt eingeführt, so bedeutete das eine Prämierung der Redaktion und würde bei der übrigen Arbeiterchaft den Ungehör erwecken, als ob die Mitglieder mit derselben einverstanden wären. Die Haltung der Redaktion sei aber nicht

an der Tätigkeit des Gauvorstandes Kritik zu üben, ob er seine Pflicht erfüllt hätte. Von diesem Rechte wurde gegenüber dem Schriftführer der Mitgliedschaft Gebrauch gemacht, jedoch wurde derselbe auch in Schutz genommen. Außer den seither amtierenden Vorstandsmitgliedern wurde noch ein weiterer Kandidat als Schriftführer und vier weiteren als Beisitzer aufgestellt. Hiervon trat man in die Beratung der gestellten Anträge zur Verbands-generalversammlung ein. Die von den Zentralkommissionen der Sparten den einzelnen Spartenmitgliedern übergebenen Anträge wurden auch hier gestellt, jedoch vor Eintritt in die Beratung zurückgezogen und durch folgende ersetzt: 1. Die Zahl der Beisitzer im Verbandsvorstand ist zu erhöhen. 2. § 13 des Verbandsstatutes erhält im 1. Absätze folgenden Zusatz: „Die Zentralkommission der Sparten sind dem Verbandsvorstande anzuschließen und nehmen an dessen Sitzungen mit beratender Stimme teil, um den Verbandsvorstand entsprechend der heutigen Entwicklung über alle einschlägigen Verhältnisse zu informieren.“ 3. Im § 24 Abs. 2 ist folgender Satz einzuschalten: „Außerdem haben die Zentralkommissionen der Sparten das Recht, je einen Vertreter zur Generalversammlung zu entsenden.“ 4. Die Generalversammlung möge durch Annahme einer entsprechenden Resolution die Direktive geben, daß a) zur Erledigung spezieller Fragen in den Gau-, Bezirks- und Mitgliedschaftsvorständen sowie bei Schiedsgerichts- und Tarifanstörungen die von den Sparten zu diesem Zweck aufgestellten Vertreter mit beratender Stimme beigegeben werden müssen; b) den Sparten das Recht eingeräumt wird, in Gemeinschaft mit den Mitgliedschaftsvorständen allgemeine Spartenversammlungen zur Besprechung spezieller Fragen einzuberufen, deren Beschlüsse für alle den betreffenden Mitgliedschaften angehörende Spartenkollegen verbindlich sind; c) den Sparten in Zukunft zum Zwecke der Wählung von Sachverständigen und technischen Vortragenden durch die Gauvorstände ein entsprechender Zuschuß gewährt wird. In der Begründung wurde ausgeführt, daß hier am Orte nicht geklagt werden könne, daß die Sparten nicht berücksichtigt oder um ihre Ansicht bei speziellen Fragen gehört worden seien, aber es sei eben nicht überall so, und deshalb sei es notwendig, daß dies festgelegt werde. Die Anträge entstanen nicht einer Unmötigkeit den Seherkollegen gegenüber, sondern es sei heutzutage bei der fortschreitenden technischen Entwicklung nicht möglich, daß die leitenden Personen die zur Beurteilung notwendigen Kenntnisse haben, und deshalb wollen sie sich versichern, daß bei allen die Sparten angehenden Fragen ein Vertreter anwesend sein müsse. Diesen Ausführungen wurde entgegengehalten, daß wenn man diesen Vorschlägen zustimme, würden die Sparten später mit mehr kommen, denn dies sei nur der Anfang. Besser wäre es gewesen, wenn diese überhaupt nicht gestellt worden wären, denn bei ändern großen Organisationen finde man solches nicht. Der Vorschlag für das große Ganze werde geküßert ohne daß man es wolle. Nach nochmaligem Für und Wider wurde durch Annahme des Antrages auf Schluß der Debatte derselben ein Ende gemacht. Bei der folgenden Abstimmung wurde 1. a) und b) bis einüberlesen angenommen, alle ändern und der Schluß von b) abgelehnt. Da die Versammlung eine weitere Beratung nicht wünschte, wurden die weiteren Anträge bis zur nächsten Versammlung vertagt.

Würzburg. (Berichtigung.) Die von Kollegen Baier (zweitem Vorsitzenden des hiesigen Maschinenmeisterklubs) in Nr. 23 des „Korr.“ gebrachte Berichtigung ist nicht richtig. Laut Zirkular der Zentralkommission war derselbe als Vertreter des hiesigen Vorstandes zur geheimen Konferenz in Würzburg aufgestellt. Nun wurde ich nebst den ändern Vorstandsmitgliedern erst zwei Tage nach derselben davon verständigt. Von den Kollegen Engel und Baier wurde alles streng geheim gehalten. Kollegen Baier hatte ich in derselben Woche nur mit der Vertretung beim Farbenlehrekurs betraut.

Melchior Kaufmann,
erster Vorsitzender des Maschinenmeisterklubs Würzburg.

Rundschau.

Berichtigung! „In Nr. 23 des „Korr.“ (Beilage) heißt es auf der ersten Spalte, daß es mit dem Verzappen, von einigen — natürlich die aufgetragenen Ausnahmen abgesehen — bei den Arbeitgeberverbänden nicht am besten ausseht. Das gerade Gegenteil ist der Fall. Die Mitglieder zahlen durchweg ihre Beiträge mit Freuden, und viele Mitglieder senden aus freien Stücken bedeutende Extrabeiträge ein. Fr. Jillessen, erster Vorsitzender des Arbeitgeberverbandes für das Buchdruckgewerbe. — Diese Nichtstellung verlangt Herr Jillessen — als erster Präsident einer Unternehmervereinigung mit der deutlichen Signatur „Arbeitgeberverband“ glaubt man uns mit einer gewissen Furcht imponieren zu können — in der nächsten Nummer des „Korr.“ aufgenommen. Wir kommen diesem Verlangen gern nach, und zwar um so bereitwilliger, da wir die von dem Gutenbergsbunde herausgegebene Berichtigungsmanie von Herrn Jillessen mit gleichem Mißgeschick praktiziert sehen. Nach der Jillessenschen Berichtigung müßten die Mitglieder des Arbeitgeberverbandes ja einen Zahlungseifer fondergleichen entfalten. Wie es in Wirklichkeit damit bestellt ist, wollen wir an der wörtlichen Zitierung der Stelle des offiziellen Organs des Arbeitgeberverbandes (erschienen am 18. Februar) veranschaulichen, die uns Anlaß zu der angegriffenen Bemerkung gab, und welche lautet: „Die meisten Mitglieder, die bis dahin ihren Beitrag eingekandt, haben dem Wunsche der zweiten Hauptversammlung entsprochen und für das laufende Jahr den dop-

pelten Beitrag (nicht 1 Mk., sondern 2 Mk. pro Kopf) im technischen Betrieb Angefellten) gezahlt. Auch sind ziemlich viele freiwillige Beiträge (100, 200, 300 Mk. usw.) eingekandt worden. Die Hauptversammlung hofft, daß auch diejenigen Mitglieder, die den Beitrag noch nicht gezahlt haben, dem Ersuchen der zweiten Hauptversammlung entsprechen werden.“ Diese Ausführungen auf der dritten Hauptversammlung scheint der Herr Vorsitzende in dem eignen Organ übersehen zu haben, sonst würde er wohl nicht den nutzlosen Versuch unternommen haben, diese unzweideutige Mahnung zum „Verzappen“ mit einer Berichtigung hinwegzudisputieren.

Die Wafschettel zugunsten des Gutenbergsbundes, von denen zuletzt in Nr. 23 die Rede war, haben wir nunmehr hinsichtlich ihrer Herkunft ermittelt. Eine der damit bedachten Redaktionen war vernünftig und objektiv genug, die starke Beweiskräftigkeit einer überbelebten Arbeitervereinigung, die auf dem toten Punkt angelangt ist und deshalb wenigstens in der Öffentlichkeit von ihrem (ruhmlosen) Dasein leben machen will, ihren Spalten nicht einzuwerfen, sondern uns einen dieser Wünsche zur Kenntnis zu übermitteln. Wir konstatieren zunächst, daß nicht Hoffas, sondern Monsieur Felder der Verfasser ist. Auch des Satzes, der betreffs der Tariffrage des Gutenbergsbundes bei dem unbefangenen Leser starken Argwohn erwecken muß. An sich würde ja gegen solche Stillübungen von Felder nichts einzuwenden sein, denn der Mann muß doch etwas zu tun haben. Da die Wähler selten hohe Verwaltungsausgaben haben infolge ihrer prozentual recht vielen Beamten, so wollen sie natürlich auch dafür etwas sehen. Wir vermuten jedoch, die anständige Presse ist nicht dazu da und kann es auch ihren Lesern gegenüber nicht verantworten, wenn mit der Berichtigung der Felderschen Notizen die Notwendigkeit der Anstellung eines Bundesagitors für Rheinland-Westfalen erbracht werden soll. Der große General Felder, der jede Woche gleich mehrere Schlachten verliert und im offenen Kampfe nur mit den schwächsten Waffen kämpft, kann wahrlich nicht mit seinen die Tatsachen umkehrenden Kellamezeln für den Bund das Ansehen der betreffenden Blätter steigern, persönlich nicht und mit seiner Sache erst recht nicht. Wozu ist denn der Papierlord da?

Die rechtliche Sicherstellung der Tarifverträge, die darauf abzielende, von den Nationalliberalen und dem Zentrum eingebrachte Resolution, fand im Reichstage Annahme, nachdem Staatssekretär Niederding darüber noch einige verbindliche Worte geäußert. Er sagte, über die große Bedeutung der Tarifverträge wäre man sich im Reichsamte des Innern wie auch im Reichsjustizamt einig. Die Schwierigkeiten einer angemessenen Regelung dieser Frage unterschätze aber der Vorredner. (Gemeint war damit der Antragsteller Jund, und in betreff der gedachten Schwierigkeiten sind jedenfalls die Tarifverbände des Zentralverbandes deutscher Industrieller gemeint.) Die Regierung schenke der reichsgesetzlichen Regelung dieser Materie jedenfalls volle Aufmerksamkeit und werde die von den Abgeordneten Jund und Gröber dazu gemachten Ausführungen gebührend berücksichtigen. In dieser Erklärung ist für uns das erfreulich, was zwischen den Zeilen zu lesen ist. Und dies ist die gänzliche Ignorierung der in voriger Nummer erwähnten, von dem Zentrumsmann und Gewerkschaftschriften Schürmer geleuberten Angriffe gegen unsern Verband mit obligater Umschämung des um milde Gaben flehenden unerschämten Armen, so sich Gutenbergsbund nennt. Für Schürmer und seine wadern Hintermänner gewiß auch eine Antwort auf ihre schmüßige Kampfesweise.

Auf den Indez gesetzt sind von der Gesellschaft zur Verbreitung von Volksbildung die Werte von Säckel, Darwin, Strauß, Schell, Deligisch, einige zwanzig Bände der religionsgeschichtlichen Volksbücher (die unter der Mitarbeit einer großen Zahl liberaler Theologen erschienen) sogar Biographien über Säckel, Nietzsche, Strauß; andere Arbeiten der freien Forschung wurden beanstandet. Und warum? Weil Holle, der Nachfolger des dem frischen, freien Geistes so feindlich gesinnten Studt, das preussische Kultusministerium noch engherziger und reaktionärer führen möchte. Und die Gesellschaft, die sich angeblich die Verbreitung von Volksbildung angelegen sein lassen will, erklärt sich bereit, sich unter die Zensur eines Mannes wie Holle zu stellen! Der Kampf gegen den Modernismus ist jetzt halt liberal! die Lösung des Tages.

Karl Gwald und Swatopluk Gzech, jener ein dänischer, dieser ein tschechischer Dichter, sind gestorben. Gwalds Stärke liegt in seinen naturwissenschaftlichen Märchen, die sich in Deutschland und nicht zuletzt in Arbeiterfamilien gut eingebürgert haben. Gzech ist neben Brühly der hervorragendste tschechische Dichter der Gegenwart. Seine Slavenlieder sind sehr populär geworden. Gwald stand im 52., Gzech im 63. Lebensjahre.

Die Straflosigkeit von Sprechsaalartikeln und Eingekandtts erkannte der I. Strafsenat des Reichsgerichtes in einer Entscheidung als gegeben an, wenn unter voller Namensunterschrift im Interesse des Publikums ein Mißstand öffentlich gerügt wird. Es würden dadurch berechtigte Interessen wahrgenommen im Sinne des § 193 des Strafgesetzbuches.

Das Recht der Zeugnisverweigerung für alle an der Herstellung von Zeitungen beteiligte Personen wurde als eine von der sozialdemokratischen Partei beim Reichsjustizetat gestellte Resolution angenommen. Dafür stimmten außer genannter noch die liberalen Parteien sowie die Polen. Ob die Regierung dem nun endlich einmal Folge gibt, steht leider auf einem andern Blatte.

Etwas verspätet erfahren wir, daß auch in Wschaffenburg Arbeiter als Schöffen herangezogen worden sind. Aus der vom Gewerkschaftsartell eingereichten Vorschlagsliste wurden sechs freie Gewerkschaftler, darunter auch unser Kollege Höflich, akzeptiert.

Die Gewährung von Reisefeston und Diäten für Schöffen und Geschworene, ebenfalls eine sozialdemokratische Resolution, wurde bei Beendigung der Debatten über die Justizverwaltung, die keineswegs gut abschneit, mit großer Mehrheit angenommen. Desgleichen eine damit in Zusammenhang stehende Resolution der freisinnigen Volkspartei. Nach einer Äußerung des Justizstaatssekretärs ist an eine Einführung vor der Strafprozessreform aber nicht zu denken.

Eine Arbeitslosenzählung des Gewerkschaftsartelles Leipzig, vorgenommen am 1. Februar, hatte eine so geringe Beteiligung aufzuweisen, daß darüber nur großes Bedauern empfunden werden muß. 27 Gewerkschaften haben nämlich die Fragebogen gar nicht beantwortet, so daß nur von 31 Organisationen die Zählungsergebnisse vorlagen. Diese liefen eine durchschnittliche Arbeitslosenzahl von 5,80 Proz. erkennen. Im einzelnen sind die Abweichungen davon einfach enorm. Da das Baugewerbe sich jetzt in der toten Saison befindet, haben alle daran interessierten Berufe naturgemäß sehr hohe Arbeitslosenzahlen. Die Köpfer beginnen mit 65 Proz. und die Zimmerer enden mit 25,22 Proz. Im graphischen Gewerbe ergab sich folgendes Bild: Buch- und Steindruckereifabrikanten 1,24, Buchbinder 1,70, Buchdrucker 2,19, Lithographen und Steindruckereifabrikanten 4,74 Proz.; die Leipziger Notensetzer arbeiten schon seit fünf Monaten nur sechs Stunden pro Tag.

Der Zentralverband deutscher Industrieller und sein Führer Bued beschäftigen in zunehmendem Maße die Öffentlichkeit. Und je länger, je mehr wird es dabei offenbar, daß dem zentralverbändlerischen Geschäftsführer Bued, der bisher als unumschränkter Gewalthaber herrschte, der Boden unter den Füßen mankt. Es waren gar nicht einmal so außergewöhnliche Umstände, die zur Schilderhebung gegen Bued geführt haben, denn er hat sich doch schon lange als eragierter Sachwalter der rheinisch-westfälischen Großindustrie gegeben. Aber dieser alte Oberstschafmacher ging in seiner Selbstherrlichkeit dermaßen rückwärtslos gegen einzelne Unternehmerverbände in der letzten Zeit vor, daß auf deren Seite einmal der Gebuldsfaden riß. Die Art und Weise, wie Bued den Reichstagsabgeordneten Dr. Stresemann (Syndikus des Verbandes sächsischer Industrieller) wegen dessen im Reichstage geäußert Kritik an den Wünschen des Syndikatswesens ablangelte und die für Stresemann Partei nehmende nationalliberale Reichstagsfraktion brüskierte, schlug dem Fasse den Boden aus. Die sächsischen Industriellen erlebten eine entscheidende Verwahrung gegen den im „Scharfmacherbandwerk“ ergrauten „Bued“, dieser antwortete majestätisch und entwickelte sich ein regelrechter Konflikt zwischen einem kleinen und der mächtigsten Unternehmervereinigung, die auch zu einem Abbrüchen des Zentralverbandes von der nationalliberalen Partei geführt hat. In Anbetracht, daß der Zentralverband sozusagen der Kronrat der deutschen Regierung in allen sozialen Fragen ist, daß die Buchhausvorlage sowie alle reaktionären Gesetzesbestimmungen und Anschläge gegen die Arbeiterklasse auf den Buedschen Generalstab und auch der Stillstand der Sozialpolitik in Deutschland in erster Linie nur auf diesen Faktor aktiven Widerstandes zurückzuführen ist, bildete der von Sachsen aus unter Führung des jungen Dr. Stresemann unternommene Vorstoß auch für die Gewerkschaften eine bedeutsame Erscheinung. Denn es ist doch ein Unternehmerverband — noch dazu ein sächsischer! —, der bei diesem Frontangriff auf Bued auch gegen den unsocialen, den nachstärksten Serrentandpunkt vertretenen Geist in der Scharfmacherzentrale opponiert.

„Sic volo, sic jubeo“ (so will ich, so befehle ich), dieses bekanntlich auch im Goldenen Buche der Stadt München zu findende geflügelte Wort könnte als die Quintessenz der in Hannover stattgehabten Tagung des Deutschen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe gelten. Mit Einstimmigkeit wurde nämlich beschlossen, daß an dem von Wunde herausgegebenen Muster für den Abschluß von Tarifverträgen nichts geändert werden dürfe und daß, falls die im Frühjahr ablaufenden und zu erneuernden Verträge auf der Basis dieses Vertragsmusters nicht zustande kommen sollten, am 1. April d. N. die Baugewerkschaften geschlossen werden; „ausgenommen natürlich in den Orten, wo Tarifverträge bestehen.“ Dieser Nachsatz bedeutet eine wesentliche Einschränkung der von den Bauherren zur Schau getragenen Diktatur, denn vor Tische las man es etwas anders. Es hebt sich zwar noch immer recht selbstherrlich an, daß an den „Musterarbeitsverträgen“ die Arbeiter nichts zu ändern haben sollen, aber dieser Selbstbittler, so empörend er im Grunde auch ist für den Mitkontrahenten im Arbeitsvertrage — die Arbeiter —, er hat nur einen Scheinwert, wenn die Gehächte zum Klappen kommt. Die Baununternehmer tagung traf auch gleich noch beschlossene Kriegsvoorbereitungen, u. a. wurde ein Vertragsmuster mit den Materiallieferanten vorberaten. Die Bauarbeiterorganisationen, denen man nicht das geringste in bezug auf Lohn und Arbeitszeit bewilligen will, werden den Ernst der Situation gewiß nicht unterschätzen, sie werden aber auch ihren nach Francoschem Rezept arbeitenden Unternehmerverbänden zu verstehen geben, wie sehr sie dabei auf dem Holzwege sind.

Ein freisinnig-fortschrittlicher Arbeitertag fand am 23. Februar in Essen statt. Man hat es dabei

mit einer Veranstaltung der sogenannten Düsseldorf-er Richtung der Hirsch-Dunderscher Gewerkschaften zu tun, die Kritik über und Protest gegen die Blockpolitik einlegen und die klägliche Rolle des Freijährs innerhalb des Landes scharf beleuchten sollte. Dieser Zweck wurde erreicht, wenn auch die Beteiligung an diesem Protestfesttage seine Bedeutung nicht zu erhöhen vermog. Es wurde ausgeführt, daß der Liberalismus viel schärfer eintreten müsse für soziale Fragen; er leiste viel zu wenig für die Arbeiter. Die Wahlrechtsfrage könne nicht eher zur Ruhe kommen, bis das Reichstagswahlrecht für Preußen erreicht sei. Dem Reichstagsgesetz könnten die Arbeiter nicht zustimmen, vor allen Dingen wäre der § 7 unannehmbar. Wenn man auf die Arbeitstammern hätte noch zehn Jahre warten müssen, so wäre das immer noch besser gewesen als die jetzige Vorlage. Auch jede neue indirekte Steuer fand Belämpfung. Der von Berlin erscheinende Sekretär der freijährigen Volkspartei sowie der ebenfalls erscheinende Reichstagsabgeordnete Pothoff versuchten Bl auf die Wogen zu gießen. Zwei im Sinne der geführten Debatten gerichtete Resolutionen fanden Annahme. Die freijährigen Parteien müssen nun sehen, wie sie diesen, zweifellos berechtigten Wünschen gerecht werden können. Die von Hirsch eingereichte und angenommene Resolution mit der wichtigen Einleitung: „Der Liberalismus kann nur dann darauf rechnen, die letzten Reste der Arbeiter in seinen Reizen zu befestigen und das Verlorene wiedergewinnen, wenn er in Zukunft mehr als bisher den Wünschen der arbeitenden Bevölkerung auf dem Gebiete der Sozialreform Rechnung trägt und eine kraftvolle liberal-demokratische Politik treibt. Der Arbeiterzeitung bedauert daher, daß die linksliberalen Fraktionen die Politik des Fürsten Bismarck unterstützt haben, ohne von diesem eine Gegenzusage für die Erfüllung liberaler Forderungen zu befragen“, kann die Blockgesellschafft nur noch beschwerlicher machen. Das „Hic Rhodus, hic salta“ ist in diesem Falle sogar ein außerordentlich schwieriges Entweder-oder.

Die Ausschließung der Jugendlichen von der Vereins- und Versammlungsfreiheit, die sogar die Regierungsvorlage dem gedachten Personenkreis im Reichstagsgesetz bringt, will der Verein deutscher Arbeitgeberverbände mittels einer an den Bundesrat und den Reichstag gerichteten Petition erreichen. Man sieht, es sind auch jetzt noch Bestrebungen im Gange zur Verbesserung selbst der Regierungsvorlage.

Ein für die Arbeitererschaft ungünstiges Resultat brachte die Volksabstimmung im Kanton Bern über ein Gesetz betreffend Maßregeln gegen Ausschreitungen bei Streiks, womit gleichzeitig die Errichtung von Einigungsämtern bezeugt wird. Dasselbe wurde nämlich mit 3.000 gegen 23.000 Stimmen angenommen, also mit einer ganz beträchtlichen Mehrheit. Bei derselben Abstimmung wurde noch ein Arbeiterinnenschutzgesetz mit 37.000 gegen 20.000 Stimmen für eine Gesetz über die Verhaftung der Überwulose mit 49.000 gegen 8.000 Stimmen angenommen. Die Annahme des Gesetzes zur Verschärfung des Streiks und noch dazu mit einer solchen Mehrheit, ist gewiß kein Beweis, daß bei dem Referendum unter allen Umständen die richtige und fortschrittliche Meinung des Volkes zum Ausdruck kommt.

In Berlin resp. in Großberlin sind die dem Tapezierer-beruf angehörigen, auf den Bauten beschäftigten sogenannten Kleber in den Zustand getreten. Da im Berliner Bauunternehmerverband in Verfolg des an anderer Stelle in dieser Nummer geschilderten Kriegesrates in Hannover auch schon Kampfbereitungen getroffen werden, so kann dieser kleine Streik der Kleber vielleicht das Signal zum großen Schlag abgeben. — Eine in Leipzig abgehaltene Konferenz aller Organisationen im Schneidergewerbe Deutschlands führte nach schwierigen Verhandlungen zur Einigung über die in einer ganzen Zahl von Orten schwebenden Tarifverhandlungen, so daß es nicht zu Unständen usw. kommen wird. — Mit dieser ungünstigen Nachricht nicht in Einklang steht die Meldung, daß in Götting die Konfektionsschneider in den Streik traten. — Die Buchbinder in Düsseldorf haben sich mit der Kommission der Buchdruckerbestreiter geeinigt und sämtlich ihre Kündigung zurückgezogen. — In München streikten die Drochsenführer und die Chauffeure, etwa 270 Mann. Ungefähr 50 arbeiten zu den neuen Bedingungen. — In Kiel haben die Hovaldtswerke etwa 60 Proz. ihrer Werftarbeiter ausgespart wegen partieller Streiks.

Die Kohlenfarrer in Bodenbach und den übrigen böhmischen Elbunmischlagplätzen befinden sich im Zustand. — In Prag streikten die Straßenbahner. — Unstündig sind ferner die Bergarbeiter in Nische (Frankreich). — In dem Konfekte der Werftarbeiter an der

Nordostküste Englands ist es unter der Mitwirkung des englischen Handelsministers zu einem vorläufigen Abkommen zwischen den Parteien gekommen. — In Uruguay stellten die Eisenbahner den Dienst ein.

Gestorben.

In Bremen am 25. Februar der Faktor Alois Rosenlechner aus Mieslesbrück bei Deggendorf, 52 Jahre alt — Darmleben.
In Chicago der Seher Karl Herten aus Stuttgart, 71 Jahre alt.
In Döbeln am 23. Februar der Seher Paul Freiberg, 23 Jahre alt.
In Huttwil (Schweiz) am 15. Februar der Buchdruckerbesitzer Johann Schürch.
In Késmárk (Ungarn) der Buchdruckerbesitzer Paul Sauter, 68 Jahre alt.
In Leipzig am 21. Februar der Korrektor Gustav Rodack aus Dresden, 60 Jahre alt — Altersschwäche.
In Striegau am 20. Februar der Seher Wilhelm Grospietich von da, 25 Jahre alt — Schwindel.
In Wien am 17. Februar der Schriftsetzerbesitzer Karl Guth, 49 Jahre alt — Selbstmord.

Briefkasten.

R. W. in Geyersberg: Wir müssen es ablehnen, daß auf jeden Hinderquart im „Typograph“ langatmig in „Korr.“ erwidert wird. Senden Sie dem „Typ.“ eine Berichtigung auf Grund des Preßgesetzes, das ist das einzig Richtige. Soweit es notwendig ist, sehen wir schon den Herren auf die Finger. — H. A. in Chemnitz: Durch ein infolge des Stoffandrangs verzweifeltes Versehen in der Redaktion verpubliziert. — R. E. in Köslin: Gelegentlich, jetzt zu viel aktuelle Sachen. — H. R. in Düsseldorf: Desgleichen. — D. in Darmstadt: Dies Buch erhalten Sie von Joseph Müller, Graph. Verlag in Budapest, Arabiata 14, für 3,30 Mk. einschl. Porto. — J. G. in Kottbus: 3,30 Mk.
Berichtigung: In dem Bericht über die Bezirksversammlung in Marburg (Nr. 20) muß es in der 14. Zeile von unten heißen: Uding in Herborn.

Verbandsnachrichten.

Verbandsbureau: Berlin SW 29, Mariendorfer Straße 13, l. Fernsprechamt VI, 11191.
Magdeburg. Die verehrlichen Verbandsfunktionäre werden ersucht, die Adresse des Seher Julius Hafensjäger aus Koblenz (Hauptbuchnummer 35979) an Ad. Reimert, Albrechtstraße 4, gelangen zu lassen. Ferner wird gebeten, dem Seher Joseph Abel aus Altendorf (Hauptbuchnummer 63221) 2 Mk. in Abzug zu bringen und portofrei an obengenannte Adresse einzusenden.
Abreßenderänderungen:
Bezirk **Beuthen** (O.-Schl.). Kassierer: F. Pauly, Beuthen (O.-Schl.), Große Blottnitzstraße 13, Hof. II.
Lübeck. Vorsitzender: Oskar Jandke, Wandstraße 31, p.

Verammlungskalender.

Essen. Verammlung Mittwoch, den 4. März, abends 8 1/2 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“, Eingeladene 15.
— **Maschinen-Verammlungen** Sonntag, den 1. März, vormittags 10 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“, Eingeladene 15.
Seuthen (O.-Schl.). Bezirksversammlung Sonntag, den 1. März, in Königsstätte Hotel „Zur Königsstätte“.
Bremen. Außerordentliche Bezirksversammlung Mittwoch, den 4. März, abends 8 1/2 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“, Faulenstraße 88/90.
Essen. Verammlung heute Sonnabend, den 20. Februar, abends 8 Uhr, im „Deutschen Haus“ (de Voer).
Hamburg-Altona. Verammlung Montag, den 2. März, abends 9 Uhr, im Vereinsbureau, Welfenbinderhof 37.
Weimar. Verammlung heute Sonnabend, den 20. Februar, abends 8 1/2 Uhr, in Kronenwies Restaurant.

Tarifamt der Deutschen Buchdrucker.

Berlin SW 48, Friedrichstraße 238.
Briefadresse: z. S. des Geschäftsführers Herrn Paul Schliebs.
Dreizehnter Nachtrag
zum Verzeichnisse der im Tarif anerkenntenen Firmen vom 30. April 1907.
(Die nachstehenden Firmen haben um Aufnahme in die Tarifgemeinschaft nachgesucht. Falls nicht innerhalb vier Wochen vom Tage der Veröffentlichung an begründete Proteste gegen die Aufnahme derselben beim Tarifamt einlaufen, gelten die Firmen als aufgenommen.)

Kreis I.

Bremen: Bremer Kartonagenfabrik.
Brimun: „Brimunker Zeitung“ (G. Hillege).

Kreis II.
Bochum: Pedinghaus & Rattenfild.
Dillingen: Dillinger Buchdruckerei, J. Emmerich.
Duisburg: Eilbrecht, Ferd.
Dülken: Gebulbig, Richard.
Emmerich: Emmericher Handelsdruckerei, A.-G.
Essen-Mittelscheid: Webers & Kroll.
Köln: Schieman, A.
Krefeld: Hansen & Heynen; Rupp, C. W., & Söhne.
Mülpe: Rosenbahl, Karl.
Neckingen: Neue Druckerei, G. m. b. H.
Siegen: „Siegener Volksblatt“, G. m. b. H. (W. Buchner).
Wanne: Friede, E. („Wanne-Zeitung“).
Warburg: Werth, F. C.
Wesel: Schwanhäuser, Fr.

Kreis III.

Dietesheim: Hainz, Elveste.
Dillenberg: Richter, A.
Eberstadt: Laub, Ludwig.
Griesheim a. M.: Christ, Joseph.
Hanau: „Hanauer Zeitung“.
Höchst a. M.: Wilson, Frig.
Kassel: Lind, Theodor; Otte, Clemens; Trömmel, Rich.
Königsstein i. T.: Wepler, Jean.
Nübelheim: Rabe, Rudolf.
Soffenheim: Weder, Karl.
Treysa: Kempf, B.

Kreis IV.

Freiburg i. B.: Mienten-Thiergarten.
Pforzheim: Schneider, Christian.

Kreis IVa.

Diedenhofen: „Diebshofener Zeitung“ (Buchheit).

Kreis VI.

Essfeld: Dietrich, Ferd.
Halle a. S.: Brügge & Wurzbach.
Heiligenstadt: Corbier, F. W.
Köthen i. Anh.: Wolf, Franz.
Magdeburg: Buchdruckerei „Zum Gutenberg“.
Nordhausen: Strecker, Eduard.
*+Ulzingen: Wagner, R.

Kreis VII.

Mue im Erzgeb.: Papierverarbeitungswerk „Secare“, G. m. b. H.
Engelsdorf: Unger, Max.
Großschönau i. Sa.: Weith, W.
Leipzig: Kluge, Karl Adolf.
Leubnitz-Verdau: Trommer & Stephan.
Radeberg: Hordler, Hermann.

Kreis VIII.

Berlin: König & Adler; Mohrens, Nikol.; Schmidt & Andres.

Kreis IX.

Breslau: Gebr. Kornier.
Mittelmärkte: Urban, Joseph.

Kreis X.

Breslau: „Sonntagblatt fürs Haus“.
Kostoc: Holt, Gottlieb.

Kreis XI.

Antlam: Teylaff, B.
Barmale: Lipski, Willi.
Kottbus: Ritsche, Alfred.
Neuwarp: Weigel, Richard.
Pasewalk: Scheidling, Julius.
Schwiebus: Reiche, Hermann.
Stettin: Appelt & Neumann.

Kreis XII.

Bromberg: Testa, Jakob.
Straßburg i. Wpr.: Fühlich, A.

Aus dem Verzeichnisse der tarifstreuen Druckereien gestrichen wurden die Firmen:
Kotz in Altbreisach und Fogg in Waldkirch (Kreis IV).

Wahlen zu den Schiedsgerichten.

Marburg. (Gehilfenwahl.) Hubert Weber, Marbacher Weg 46a, Vorsitzender; G. Hätling, S. Schönhal, L. Unverzagt.

Arbeitsnachweise betreffend.

Nachen. Verwalter: G. Hagen, Körmonder Straße 14.
Krefeld. Verwalter: Fr. Stapper, Wilhelmstr. 11, II (Eingang Hofstraße).
Berlin, 22. Februar 1908.

Georg W. Birkenstein, L. G. Giesede, Prinzipalsvorsitzender. Geschäftsvorsitzender. Paul Schliebs, Geschäftsführer.

Nur Familienverhältnisse
habes verkaufen sofort meine erhaltene Buchdruckerei mit Lokalbist (amtlich) und Ladensgeschäft in ausüblich. Luftkurort. Preis 9000 Mk. (Materialwert etwa 11000 Mk.), bar 8000 Mk. Haus mit Garten (15000 Mk.) kann event. später erworben werden. Werte Offerten unter „Südwestdeutschland 449“ an die Geschäftsst. d. W. erb.
Buchdruckerei
Ichon länger bestehend, stets flott beschäftigt, eine Schnellpresse, ein Ziegel, zwei Boston, größere Schneidemaschine, Stereotypie, unter günstigen Bedingungen umständlicher billig zu verkaufen. Lokalmiete 200 Mk. jährlich, für Maschinenm. od. Seher selten gibt. Gelegenheit. Event. auch Beteiligung erwünscht. W. D. H. U. C. 7912 an Rud. Hoffe, Halle a. S. erb.

Schweizerdegen
der feinsten Illustrations- und Abdruck an der
Ziegeldruckpresse
vollständig selbständig ausführt, bei guter Bezahlung in dauernde Stellung, Berlin, gesucht, eventuell sofort. Werts Offerten mit Lohnansprüchen unter J. N. 7903 befordert Rudolf Hoffe, Berlin SW.
Zur möglichst baldigen Eintritte suchen wir einen besonders tüchtigen
Graveur für Stahlarbeiten.
Schriftsetzer Genski & Gense, Hamburg 22.

Gesucht zum sofortigen Eintritt ein erfahrener und selbständig arbeitender
Illustrations- und Farbendrucker
wofür mit kleinem und ungeringerem Anlageapparate vertraut ist. Werte Offerten mit Gehaltsansprüchen und Zeugnisabschriften erbet. unter D. N. 431 an Rudolf Hoffe, Dresden.
Für eine mittlere Gießerei wird ein zuverlässiger, exakt arbeitender
Fertigmacher und Höhehändler
gesucht. Stellung dauernd. Werte Offerten unter A. P. 469 an die Geschäftsst. d. W. erbeten.

Ein tüchtiger
Linotypsetzer
zu baldigem Eintritt in dauernde, angenehme Stellung gesucht. Es wollen sich nur gute Kräfte melden.
Allgemeine Zeitung, Chemnitz.
Eidliche
Stempelschneider
in dauernde Stellung für Frankfurt a. M. gesucht. Werte Off. unter Nr. 373 an die Geschäftsstelle d. W. erbeten.

Großbuchdruckerei Westfalens

sucht einen tüchtigen Fachmann in der Druck- und Papierbranche, der mit der Kalkulation durchaus vertraut ist und in der Gestaltung feiner Utensilien Urteil und Geschmaß besitzt, zur Leitung der Utensilienabteilung und zum Besuche der Kundschaft. Nur durchaus tüchtige und gewandte Herren mögen sich melden. Werte Offerten unter Nr. 465 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

Große Buch- und Steindruckerei sucht einen tüchtigen, gewandten



Fachmann

für den Verkehr mit der Kundschaft. Ausführliche Angebote unter Nr. 479 an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

Große Berliner Verlagsbuchhandlg.
sucht zum 1. April für ihr Bureau einen in der Kalkulation von wissenschaftlichen Sätzen sowie von Buch- und Zeitschriftendrucke gründlich erfahrenden jüngeren Gelehrten. Derselbe hätte in erster Linie Kenntnisse in Satz-, Druck- und Buchbindereisachen des umfangreichen Betriebes zu prüfen sowie die sich daraus ergebende Korrespondenz mit den Lieferanten zu erledigen. Der Posten ist vielseitig und instruktiv, erfordert aber auch einen gewissenhaften Arbeiter. Werte selbstgeschriebene Offerten unter Beifügung von Zeugnissen und Angabe der Gehaltsansprüche umgehend erbeten unter Nr. 468 an die Geschäftsstelle d. Bl.

Stichel u. Messer f. Tonplattenschnitt. Katalog gratis! Th. Bartholmes, Berlin, Oranienstr. 135.



Vergessen Sie es nicht!
Lehmann & Assmy
Tuchfabrik, Spremberg 67
verkaufen direkt ab Fabrik [193 Anzug-, Paletot-, Hosen- und Westenstoffe jedes Maß an Private zu unerreich billigen Preisen. Muster an jedermann frei!

Arbeitsuchende

erhalten den

Graphischen Arbeitsmarkt

bereits 3 Stunden nach Aufgabe der Anzeigen Montags und Donnerstags durch alle Redaktionen des Deutschen Reiches zum Bezugspreise von 9 Pf. pro Monat. Hierbei werden die Lokalen, Arbeitsnachweisen von Buchdruckern wird das Abonnement zurückbezogen.

„Buchdrucker-Woche“
Berlin SW 68, Zimmerstraße 6.

[467]

Werkmeister

31 Jahre, in allen wissensch. Sachen bew., etc. Sprachkenntn., wünscht sich in Leipzig zu veränd. ev. als Korrekt. Unter 3 Tage u. Eng. W. Df. u. Nr. 470 a. d. Geschäftsst. d. Bl. erbeten.

TECHNIKUM FÜR BUCHDRUCKER

Bildungsstätte für jüngere Buchdrucker und Söhne von Buchdrucker-Besitzern, welche sich allseitige technische Bildung aneignen wollen, um den Anforderungen, welche die Neuzeit an den Faktor oder den Leiter einer Buchdruckerei stellt, gerecht werden zu können. Gehilfen, welche diesen Kursus mit Erfolg absolviert haben, werden ev. Stellen nachgewiesen. Prospekte sowie Lehrpläne durch die Geschäftsstelle Leipzig-R., Senefelder-Strasse 13-17.

Auflösungspasta „Gipita“

Gelegentlich Schrift, die jahrelang gehandelt hat, gleichviel ob neu oder alte Schrift oder Stereotypen, wird rasch damit gelöst und läßt sich leicht ablegen. Pro Kilo 4 Mk. [461]

Buchdruckerkitel

aus gutem Köper Nowa 110 120 130 140 cm lang
Achselschl. 2,35 2,50 2,75 2,90 Mk.
aus Prima Köper Nowa 2,90 3,10 3,25 3,40 Mk.
aus gestreift Rogatta 2,90 3,10 3,25 3,40 Mk.

Wurzel & Co., Berlin, Brückenstr. 13.
Fabrik für Berufskleidung. [815]

Das Deutsche Buchdruckerliederbuch

sollte wegen seiner vielseitigen Verwendung im Besitz eines jeden Verbandsmitgliedes sein. 2. Auflage. Zu haben bei den Vorständen.

Sprechmaschinen u. Musikinstrumente für jedermann

Gegründet 1889.
Jährlicher Versand
über
— 25 000 Uhren. —

Hunderttausende
— Kunden. —
Viele Tausende
Anerkennungen.

Gegen kleine monatliche Teilzahlungen liefern die besten Uhren u. Goldwaren, Taschenuhren, Wanduhren u. Wecker, Kottan, Schmucksachen all. Art. Geschenkartikel für den prakt. Gebrauch u. Luxus. Sprechmaschinen u. Musikinstrumente, photograph. Apparate, Nähmaschinen, gerahmte Bilder und echte Bronzen usw.

Jonass & Co., Berlin SW 247

585 Belle-Alliance-Str. 3.

Vortragslieferant vieler Beamtenverone.
Katalog mit über 2000 Abbildungen gratis und franko.

Berleger: E. Döblin, Berlin. — Verantwortlicher Redakteur: Willi Krahl in Leipzig. Geschäftsstelle: Salomonstraße 8. — Druck von Radelli & Hille in Leipzig.

Verein Berliner Buchdruckmaschinenmeister.

Sonnabend, den 21. März:

Zwölftes Stiftungsfest

im „Böhmischen Brauhaus“, Landsberger Allee 11-13.

Mitwirkende:

Neues Tonkünstlerorchester und Steidls Hamburger Sänger.
Eintrittspreis: Für Mitglieder und deren Damen frei (Mitgliedsbuch legitimiert). Gäste: Damen und Herren 50 Pf.

Billets sind zu haben bei den Kommissionsmitgliedern und auf der Saalöffnung 7 1/2 Uhr. Verwaltung beim Kollegen TESKE. Anfang 8 1/2 Uhr.
Um recht rege Beteiligung bittet Die Vergnügungskommission.

Verkehrsverbindungen:

Straßenbahn: Linie 1, 2, 4, 58, 64, 65, 81, Hohen-Schönhausen—Wasmannstraße.
Omnibus: Linie 3. — Stadtbahnhof: Landsberger Allee. [464]

Hiermit erfüllen wir die traurige Pflicht, von dem Ableben unsers Kollegen und früheren langjährigen Gauvorstehers

Alois Rosenlehner

aus Zwieslersbruck bei Deggendorf Kenntnis zu geben. Nach jahrelangem, qualvollem Darnleiden wurde er am Dienstag, abends 7 Uhr, von seinem Schmerzenslager erlöst.

Sein Leben war dem Verbands gewidmet, dem er in guten und bösen Tagen immer treu gedient hat. Immer stand er in den vordersten Reihen der Kämpfer.

Ehre seinem Andenken!

Der Vorstand des Nordwestgaues. [472]

Nachruf!

Am Abende des 25. Februar verschied nach langem, schwerem Krankenlager unser lieber Kollege, der Faktor

Alois Rosenlehner

aus Zwieslersbruck bei Deggendorf in Bayern im fast vollendeten 52. Lebensjahre.

Sein langjähriges treues Wirken in den verschiedensten Ehrenämtern unserer Organisation werden dem Verstorbenen weit über das Grab hinaus ein bleibendes Andenken bewahren!

Bremer Buchdruckerverein.

Bezirksverein Bremen des Verbandes der Deutschen Buchdrucker. [473]

Wir erfüllen hiermit die traurige Pflicht, die Mitglieder von dem Ableben unsers Mitgliedes und Mitbegründers des Vereins, Kollegen

Alois Rosenlehner

in Kenntnis zu setzen.
Wir verlieren in dem Verstorbenen einen braven Freund, und werden sein Andenken stets in Ehren halten.

Gesangverein Gutenberg, Bremen. [475]

Nach langem, schwerem Leiden verstarb unser lieber Kollege, der Faktor [474]

Alois Rosenlehner

im 52. Lebensjahre.

Der Verstorbene war uns allezeit ein braver Freund und werden wir sein Andenken stets in Ehren halten.

Das technische Personal der Firma J. H. Schmalfeld & Co., Bremen.

Am 25. Februar verschied unser geschätztes Mitglied und Begründer des Klubs

Alois Rosenlehner

Sein grosses Interesse für die Arbeiten des Klubs sichern ihm ein bleibendes Andenken. [478]

Typographischer Klub Bremen.

Am 20. Februar verschied zu Striegau unser lieber Kollege und früheres Bezirksmitglied, der Schriftsetzer [471]

Wilh. Großpietsch

aus Striegau i. Schl. im 25. Lebensjahre. Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm Der Bezirksverein Kottbus (V. d. D. B.).

Richard Härtel, Leipzig-R.

(Inhaber: Klara verw. Härtel)
Kohlgrabenstrasse 48
liefert franco

Werke und Musikalien aller Art zu Ladenpreisen. Bestellungen nur direkt per Postanweisung erbeten. Die Zeitungsbetrieb. Kritisch beleuchtet von Schützberg, 90 Pf. Praktische Rufe für Maschinenmeister usw. Von Joh. Schorer. 1 Mk. 2. Gyle, Buchdruckereifaktor Zwiefelisch, humoristische Szenen mit Klavierbegleitung, 1,25 Mk. Der englische Werksag. Von Feitwig 30 Pf.